



medico international

rund- schreiben 01/14

Beyond Aid: Ist der Hilfe noch zu helfen?
Philippinen: Zerstörerischer Wiederaufbau
Migration: Zonen der Verbannung in Afrika

KOMMENTAR	4
PHILIPPINEN	8
ÄGYPTEN	14
MIGRATION	16
PROJEKTE – PROJEKTIONEN	20
BANGLADESCH	22
EL SALVADOR	26
KONFERENZ BEYOND AID	28
SYRIEN	36
MEDICO AKTIV	38
MEDICO MATERIALLISTE	40
SERVICE/IMPRESSUM	42

Liebe Leserinnen und Leser,

vom Podium oben aus sehe man erst, wie viele Menschen da seien. Axel Honneth, Professor der Frankfurter Universität und Direktor des Instituts für Sozialforschung, war sichtlich erfreut und überrascht über die hohe Teilnehmerzahl bei der medico-Konferenz Beyond Aid, die unter anderem mit der Unterstützung seines Instituts im Februar 2014 stattfand. 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, das war auch für uns eine unerwartet hohe Zahl.

In seiner Begrüßung erzählte Honneth die Genesis der Konferenz. Im Frühsommer letzten Jahres hätten sich die medico-Kollegen Thomas Gebauer und Thomas Seibert an das Institut mit der Idee gewandt, eine Konferenz über die Hilfe zu veranstalten. Dass daraus eine so intensive Zusammenarbeit werde würde, war damals noch nicht klar. Der „normale“ Ablauf solcher Kooperationen ist eigentlich ziemlich genau festgelegt. In unserem Fall hätte medico die Inhalte geliefert, das Institut die Räume, die Heinrich-Böll- und Rosa-Luxemburg-Stiftung Geld sowie Moderatoren und am Ende hätten alle eine gewisse Sichtbarkeit erhalten. Dass es so nicht war, sondern die Kooperation auch auf inhaltlicher Ebene immer enger wurde, zeichnete

diese Konferenz aus. Es veränderte aber auch die Arbeitsabläufe. Plötzlich fanden sich unsere Kollegen in intensiven Telefonkonferenzen mit den Kooperationspartnern wieder. Unsere Öffentlichkeitsarbeit und die technische Projektkoordination kamen ins Schwitzen, weil sich manche Abläufe verzögerten. Die Raucherecke beruhigte die für die Organisation zuständigen Kollegen, dass es schon gut gehen werde. Aber insgeheim sahen wir schon viele Referenten vor wenigen Leuten sprechen. Es kam anders – ganz anders. Bestens organisiert, war die Konferenz von großem Zuspruch und Interesse, klugen Vorträgen und guten Debatten geprägt. Das wiederum war dem Prozess zu verdanken, in dem alle beteiligten Kolleginnen und Kollegen der Kooperationspartner um die Inhalte und die richtige Besetzung der Podien statt um Zeiteffizienz rangen.

Die Konferenz nimmt einen breiten Raum in diesem Heft ein. Sehr ans Herz legen möchte ich Ihnen aber auch die anderen Themen. So berichtet Bernd Eichner über den Fortgang der Nothilfe auf den Philippinen. Unsere Kollegen vor Ort stehen in einer harten Auseinandersetzung. Denn die Katastrophe des Taifun wird von der philippinischen Regierung zum Vorwand genommen, die Kommerzialisierung und Privatisierung in der betroffenen Region voranzutreiben. Unsere Partner und damit auch Ihre Spende setzen dem ihren Widerstand entgegen.

Ein weiteres wichtiges Thema ist der bevorstehende erste Jahrestag des Fabrikeinsturzes in Bangladesh. Thomas Seibert hat wenig Gutes über die Entschädigungsverhandlung und die Situation der Betroffenen zu berichten. Das schiere Überleben zwingt die Menschen in der asiatischen Textilindustrie jede Form von Arbeit anzunehmen. Wer die Arbeit verliert, könnte auch das Leben verlieren. Wie soll man sich da gegen tödliche globale Ausbeutung zur Wehr setzen? Ja, man kann – indem man die bescheidenen Bemühungen der Selbstorganisation vor Ort unterstützt. Mit Ihrer Hilfe tut medico das. Aber wir alle wissen, dass die Verantwortlichen für diese brutale Form der Profitmaximierung bei uns sitzen. Anlässlich des ersten Jahrestages vom Unglück in Rana Plaza will medico gemeinsam mit Ver.di und Inkota die „untragbaren“ Zustände des globalen Ausbeutungssystems im Textilbereich wieder ins öffentliche Bewusstsein bringen. Aktionen sollen die Verantwortung deutscher Textilunternehmen und die Notwendigkeit einer verbindlichen Unternehmenshaftung deutlich sichtbar machen. Was wir genau vorhaben, erfahren Sie im nächsten Email-Newsletter, den Sie auf unserer Internetseite abonnieren können. Wir zählen auf Sie.

Herzlichst
Ihre Katja Maurer




„Wir wollen eure Hilfe nicht.“ - Der Kameruner Roméo Ntamag, medico-Partner in Mali, auf der Konferenz Beyond Aid.

Das neoliberale Verständnis von Eigenverantwortung kann sich auch in die Strategien von Hilfsorganisationen einschleichen.

Von Thomas Gebauer

Es ist gut und richtig, einem Obdachlosen ein Bett für die Nacht zu geben, schrieb Bertolt Brecht in seinem Gedicht „Das Nachtlager“, und fügte hinzu, dass allerdings so die Welt nicht anders, das Zeitalter der Ausbeutung nicht verkürzt wird.

Menschen in Notlagen beizustehen, ist ein ethischer Grundsatz. Und dennoch trägt Hilfe, die Elend und Unfreiheit nur abfedert, dazu bei, ausgerechnet jene gesellschaftlichen Verhältnisse zu stabilisieren, die Bedürftigkeit immer wieder aufs Neue entstehen lassen. Ein Dilemma, aus dem es nur ein Entkommen gibt. Nur wer Hilfe zugleich verteidigt, kritisiert und zu überwinden versucht, kann vermeiden, dass der Impuls, anderen beizustehen, bestehende Missstände nur verlängert.

Hilfe zu verteidigen ist notwendig, weil im Zuge der globalen Entfesselung des Kapitalismus die Verweigerung von Chancen und damit die Risiken für sozialen Ausschluss dramatisch zugenommen haben. Erstaunlich genug, hat dies auch das Davoser Weltwirtschaftsforum kürzlich eingeräumt. Allerdings ohne die mindeste Konsequenz daraus zu ziehen, nämlich zum Schutz und weiteren Ausbau aller noch bestehender Formen sozialer Sicherung aufzurufen.

Noch immer dominiert Margaret Thatchers monströse Behauptung „There is no such thing as society“, mit der seit den 1980er Jahren eine solidarisch verfasste Gesellschaftlichkeit ausgehöhlt und Institutionen der öffentlichen Daseinsfür-

sorge zunehmend privatisiert worden sind. Dabei ist das Prinzip gesellschaftlicher Verantwortung durch eine neoliberal gewendete Idee von Eigenverantwortung ersetzt worden.

Mit der Unterwerfung von Gesellschaftlichkeit unter die Interessen von Ökonomie und Macht entstand ein neues Menschenbild, das für die Lage der Menschen weniger die sozialen Verhältnisse verantwortlich macht, als die Menschen selbst.

Kritik an Hilfe ist notwendig, weil sich eben dieses neoliberale Verständnis von Eigenverantwortung auch in die Strategien von Hilfsorganisationen eingeschlichen hat. Noch heute geistert durch so manches Entwicklungsvorhaben die Vorstellung, aus Armen „Entrepreneurs“, also Unternehmer in eigener Sache zu machen. Überspitzt formuliert geht es in solchen Projekten nicht mehr um die Beeinflussung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, wozu auch die Verteidigung einer solidarisch verfassten Gesellschaftlichkeit gehören würde, sondern um die Anpassung der Leute an ihnen von außen übergestülpte Verhältnisse.

Da den Menschen im Süden, den Partnern vor Ort, nicht wirklich Souveränität im Sinne politischer Autonomie zugestanden wird, da viele Helfer das eigene, das westliche Entwicklungsmodell wie selbstverständlich für das beste aller Modelle halten, entpuppen sich selbst gut gedachte Empowerment-Ansätze als Anpassungsprojekte, als Bereitstellung von Tools und Techniken, von

Management-Know-how und Motivationshilfen, um mit den offenbar alternativlos gesetzten Widerigkeiten dieser Welt besser zurecht zu kommen.

Nicht die Praktiken der Nahrungsmittelmultis stehen dann im Fokus, sondern Trainingsprogramme, die auf das individuelle Essverhalten zielen. Nicht die strukturelle Gewalt, die zu Traumata und anderen seelischen Erschütterungen führt, sondern Kurztherapien, die die individuelle „Resilienz“ fördern. Nicht die Kritik am herrschenden Finanzkapitalismus, sondern die Verführung selbst noch der Ärmsten der Armen, darin auf unterster Ebene mitzuspielen.

Welche fatalen Konsequenzen damit einhergehen, wird am Beispiel von Mikrokrediten deutlich, die über eine gesamte Entwicklungsdekade hinweg propagiert wurden. Unter dem Strich aber haben sie die Armut nicht beseitigt, sondern nur „finanzialisiert“. Millionen von Menschen wurden in einen prekären Kreislauf aus Schulden und Schuldentilgung hineingezogen und dabei das Prinzip solidarisch verfasster Hilfe auf den Kopf gestellt. Viele der heute aufgenommenen Mikrokredite werden für Ernährungssicherung und medizinische Versorgung genutzt. Damit wird die Inanspruchnahme von Unterstützungsleistungen nicht nur wieder an die individuelle Zahlungsfähigkeit gekoppelt, sondern sogar noch mit Zinsen belastet. Im Zeichen der Hilfe entstand ein neue, eine verschuldete Existenzform.

Es ist das Gefangensein in fatalen Überzeugungen, das die Krise heutiger Hilfe ausmacht. Probleme aber, darauf hat schon Albert Einstein hingewiesen, „kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind“.

Überwinden von Hilfe bedeutet, Daseinsfürsorge aus der Sphäre von freiwilligem Engagement und Charity herauszulösen und auf rechtliche Grundlagen zu stellen. Die Suche nach einer solchen, einer solidarischen Hilfe ist längst im Gange. Zum

Beispiel auf den Plätzen von Kairo, Istanbul oder Sao Paulo, wo Menschen nicht nur auf politische Freiheiten drängten, sondern auch auf eine Politik der sozialen Verantwortung.

So verschieden die Proteste sind, zeichnen sich in ihnen doch die Grundlinien für ein neues Verständnis von gegenseitigem Beistand ab. Deutlich wird eine in den Menschenrechten verortete Hilfe, die nicht vom Goodwill einzelner abhängt, sondern über gesellschaftliche Übereinkünfte abgesichert, durch demokratisch gebildete Institutionen garantiert und über Mechanismen verpflichtender Umverteilung bzw. fiskalischer Transferleistungen finanziert wird.

„Wohltätigkeit ist die Ersäufung des Rechts im Mistloch der Gnade“, diese Johann Heinrich Pestalozzi, einem Zeitgenossen der Französischen Revolution, zugeschriebenen Worte, lassen keine Zweifel, dass es nicht die Wohltätigkeit einzelner, sondern rechtlich verfasste Gesellschaften sind, die ein gutes Leben zur Voraussetzung hat.

Nur als Teil solcher Gesellschaften garantieren sich die Menschen ihre Rechte. Die Menschenrechte sind weder naturgegeben, noch werden sie von oben gewährt. Sie werden in politischen Auseinandersetzungen von unten verwirklicht. Dabei kommt Solidarität eine doppelte Bedeutung zu. Sie steht einmal für die Solidarität zwischen denen, die sich zusammen auf den Weg machen, um für ihre Rechte zu kämpfen, und sie verweist auf die Solidarität, die schließlich zum konstitutiven Prinzip jener gesellschaftlichen Institutionen wird, die am Ende der Kämpfe stehen und allen den Zugang zu ihren Rechten ermöglicht.

Solche solidarisch verfassten Institutionen sind in vielen Ländern der Welt (noch immer) existent. Sie heute international auszuweiten, ist mit Blick auf den erreichten Globalisierungsgrad nicht nur überfällig, sondern auch die einzige Chance, sie im nationalen Kontext zu retten und auszubauen.

Nur über die internationale Verabredung globaler Sozialstandards sowie vertraglich gesicherte Ausgleichsmechanismen, kann die weitere Ausweitung öffentlicher Daseinsfürsorge gestoppt und eine soziale Infrastruktur für alle aufgebaut werden.

Was denken Sie über die Krise der gegenwärtigen Hilfe und die Möglichkeiten der Solidarität im globalisierten Kapitalismus? Diskutieren Sie mit im medico-Blog unter www.medico.de/hilfe

Damit sind die Grundsätze eines neuen globalen Gesellschaftsvertrages benannt: Prinzipien, die dafür sorgen, dass alle Menschen an allen Orten der Welt jene Bedingungen vorfinden, die sie für die Gestaltung eines selbstbestimmten „buen vivir“ brauchen – eines Lebens, zu dem unbedingt auch die Bereitschaft zu gegenseitiger Hilfe zählt.



Wachsende Wut



Wie ein Tsunami hat die Sturmflut ganze Dörfer zermalmt.

Philippinen: Erst kam der Sturm, dann eine zerstörerische Politik.

Von Bernd Eichner

Es war eine Katastrophe mit Ansage. „Schon einen Tag bevor der Taifun auf die Philippinen traf, standen die Kamerateams von CNN bis hin zum Lokalfernsehen vor unserer Tür“, berichtet Mel Patalne. Die junge Medizinstudentin arbeitet im Provinzhospital von Tacloban. Das Krankenhaus mit Meerblick eignete sich hervorragend als Standort für das Heer von Korrespondenten. Die nationalen wie internationalen Medien hatten die Brisanz der Unwetterwarnung der philippinischen Meteorologen erkannt und sich entsprechend vorbereitet. Aber mit dem, was am Freitagmorgen des 8. November 2013 über sie hereinbrach, hatte niemand gerechnet. Es war ein kleines Detail der Unwetterwarnung, das den Unterschied machte – die Sturmflut. Der Jahrhundertsturm schob meterhohe Wassermassen vor sich her und setzte die Küsten der Inseln Leyte und Samar unter Wasser. Die Fluten tobten wie ein Tsunami durch die Straßen von Tacloban und hinterließen ein riesiges Trümmerfeld. Die Hütten der Ärmern hatten dem Meer nichts entgegenzusetzen. Als auch noch der als Evakuierungszentrum genutzte Astrodome, eine große Sportarena geflutet wurde, war die Katastrophe total. Mel und die über 300 Patienten der Klinik hatten Glück. Sie retteten sich in die oberen Stockwerke.

Eigentlich wollte Mel erst einmal nach ihrer Familie suchen, doch das „Eastern Visayas Regional Medical Center“ war das einzige noch existierende Krankenhaus der Region. Ohne Strom und Medikamente versuchten sie und ihre Kollegen zu retten, was zu retten war, und weiterzumachen, bis Unterstützung kommt. Doch es passierte

nichts. Der Bürgermeister hatte sich ausfliegen lassen und Präsident „Noynoy“ Aquino war abgetaucht. Nach drei Tagen kam immer noch keine Hilfe aus Manila. Stattdessen schickte die Regierung das Militär, um die Ordnung wiederherzustellen. „Erst eine Woche nach dem Fernsehen kamen endlich auch Medikamente bei uns an“, erzählt die junge Medizinerin. Sie schimpft über unfähige Behörden, korrupte Beamte und die Politiker der Regionalregierung, meist Angehörige der reichen Familien der Großgrundbesitzer, die sich teure Behandlungen in Privatkliniken leisten können. „Das öffentliche Gesundheitssystem in Samar war schon vor dem Taifun eine einzige Katastrophe“, sagt Mel.

Im traditionellen Armenhaus der Philippinen kommt statistisch gesehen ein Krankenhausbett auf 1.000 Einwohner – nach den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation sollten es mindestens 200 Betten sein. Gibt es in Deutschland durchschnittlich fast vier Mediziner für 1.000 Einwohner, teilen sich in Samar rechnerisch 23.000 Menschen einen Allgemeinarzt. Ihre Empörung versucht Mel konstruktiv zu wenden und engagiert sich deshalb ehrenamtlich bei der NGO Health Empowerment and Action in Leyte and Samar (HEALS). „Wir wünschen uns eine Gesellschaft ohne Armut, Hunger, Ungerechtigkeit und Unterdrückung, wir kämpfen dafür, dass Gesundheit ein Recht für alle wird“, fasst Mel die Agenda der Basisgesundheitsorganisation zusammen. Bis es soweit ist, versucht HEALS aber auch die Gesundheitssituation in den marginalisierten Gemeinden konkret zu verbessern, ohne den Staat



Die örtliche Schule wird zur medizinischen Versorgungsstation.



Bei ihr laufen alle Fäden zusammen: SOS-Koordinatorin Rosalinda Tablang.



Gibt es Baumaterial, packen alle sofort mit an.

dabei aus seiner Verantwortung zu entlassen. In abgelegenen Dörfern bieten sie Gesundheitsaufklärung an und bilden Freiwillige als Gesundheitsarbeiter aus, damit wenigstens eine minimale Basisversorgung gewährleistet ist. Und sie arbeiten eng zusammen mit den vielen kleinen Gesundheitszentren auf dem Land und stehen den dortigen Gesundheitsarbeitern und Hebammen mit Rat und Tat zur Seite. Zwar hat der Taifun viele der Zentren zerstört, doch das Netzwerk von HEALS blieb weiterhin einsatzfähig.

Netzwerk der Solidarität

Die flächendeckenden Kontakte und die regionale Verankerung von HEALS in der Katastrophenregion ermöglichten dem Nothilfenetzwerk und langjährigem medico-Partner Samahang Operasyong Sagip (SOS) eine Taifun-Nothilfe, die sich nicht nur auf das Umfeld des Flughafens von Tacloban beschränkte. Neben HEALS gibt es rund 20 weitere Organisationen aus allen Regionen der Philippinen, die sich für die Katastrophenvorsorge und die gegenseitige Hilfe im Katastrophenfall als SOS zusammengeschlossen haben. Die eingespielten Strukturen und die Kenntnis der Lage vor Ort unterscheiden die Aktivisten von SOS von den internationalen Hilfstrupps, die nach Katastrophen eingeflogen werden und hierzulande in den Medien oft als die alleinigen Retter präsentiert werden – als gäbe es vor Ort keine kompetenten Akteure und Netzwerke. Ein anderer Unterschied: Die Mitglieder von SOS verschwinden nicht wieder. Das ermöglicht ihnen, wirklich nachhaltige Arbeit zu leisten – und bedeutet gleichzeitig, sich sowohl mit den hartnäckigen Folgen der Zerstörung als auch mit fehlenden oder problematischen Aufbauprogrammen auseinandersetzen zu müssen.

Gegründet wurde das SOS-Netzwerk im Katastrophenjahr von 1990. Doch die meisten Beteiligten arbeiten schon länger zusammen. Ihre politischen Wurzeln haben viele der Organisationen

und Aktivisten in der „People Power“-Bewegung, die Mitte der 1980er-Jahre den Diktator Marcos stürzte, oder dem „First Quarter Storm“, dem philippinischen 68er-Pendant. Damals wehten rote Fahnen auf dem Campus der staatlichen University of the Philippines (UP), der sich zum Zentrum der studentischen Revolte entwickelte. Das wirkt bis heute nach: Die Gewerkschaft der Universitätsangestellten ist ebenfalls SOS-Mitgliedsorganisation. Ein Großteil der SOS-Freiwilligen studiert Medizin an der UP, forscht am angegliederten Institut für gemeindebasierte, öffentliche Gesundheit oder arbeitet als Arzt, Apotheker oder Krankenpfleger an der Universitätsklinik von Manila. Für die sogenannten „medical missions“ müssen sich die Aktivisten Urlaub nehmen. Dazu sind sie gerne bereit, denn ihre Hilfe begreifen sie als Teil ihres gesundheitspolitischen Engagements. Das wird schon auf den ersten Blick deutlich – viele tragen T-Shirts linker Organisationen, gegen Klinikprivatisierungen und für das Recht auf Gesundheit. Sehr beliebt ist auch das Konterfei von Dr. Remberto „Bobby“ de la Paz.

Auch mehr als 30 Jahre nach seinem gewaltsamen Tod ist der „Arzt der Armen“ noch immer als Vorbildfigur der philippinischen Gesundheitsbewegung präsent. Bobby gründete während des Ausnahmezustands unter Diktator Marcos die Vereinigung der UP-Medizinstudenten und absolvierte seine Praktika in den ländlichen Gebieten im Osten der Insel Samar. Hier wurde er mit dem tödlichen Kreislauf vermeidbarer Armutskrankheiten konfrontiert. Fortan ging es ihm um die Beseitigung ihrer Ursachen. Nach Beendigung seines Studiums in Manila zog er dauerhaft nach Samar. Dort widmete er sich hauptsächlich der Ausbildung von Gemeindegesundheitsarbeitern und unterstützte die örtlichen Kleinbauern in ihrem Kampf gegen den Landraub durch transnationale Bergbaukonzerne. Dem Militär und der Polizei war er deshalb suspekt. Der örtliche Polizeichef verbreitete das Gerücht, die Ausbildung von Gesundheitsarbeitern würde nur dazu dienen, „um-

stürzlerische Elemente“ heranzubilden. Mit der zunehmenden Entdeckung von Bodenschätzen wurden die Auswirkungen der Militarisierung von Tag zu Tag spürbarer. Die Armee unterstellte pauschal allen Personen, die sich in sozialen Bewegungen engagierten, auch die kommunistische Guerilla „New Peoples Army“ (NPA) zu unterstützen. Am 23. April 1982 wurde Bobby erschossen. Aufgeklärt wurde der Mord nie. Ein unabhängiges Bürgerrechtskomitee kam aber zu dem Schluss, dass das Militär darin verstrickt gewesen sei.

„Die Geschichte von Bobby ist für uns deshalb so bedeutend, weil sie leider immer noch aktuell ist. Auch in den letzten Jahren wurden Hunderte Menschenrechtsaktivisten von bewaffneten Sicherheitskräften ermordet. Unrechtmäßige Verhaftungen und Folter gehören zum Alltag von Journalisten, Kirchenleuten, Gewerkschaftern und Aktivisten sozialer Bewegungen für die Landreform oder gegen den Raubbau an der Natur“, erklärt Dr. Alex Montes. Er muss es wissen. 2010 wurde der pensionierte Arzt gemeinsam mit 42 anderen Gesundheitsarbeitern während einer medizinischen Fortbildung für Gemeindehelfer als „Terrorist“ festgenommen. Den Gesundheitsaktivisten wurde vorgeworfen, dass sie mit ihren Aktivitäten die NPA unterstützen würden. Deutlicher kann sich Geschichte kaum wiederholen. Nur durch den Druck einer internationalen Kampagne, die auch vom „Peoples Health Movement“ getragen wurde, kamen die „Morong 43“ schließlich nach zehn Monaten Haft wieder frei. Als Freiwilliger ist Dr. Alex bei der Taifun-Nothilfe von SOS auf so gut wie jeder „Mission“ dabei. Ansonsten behandelt er trotz seines Rentenalters in einer Klinik der NGO Council for Health and Development (CHD) in Manila kostenlos Patienten, die durch das Raster der nationalen Gesundheitsversicherung fallen.

medico und CHD verbindet nicht nur die gemeinsame Mitgliedschaft in der globalen Gesundheitsbewegung „People’s Health Movement“, sondern

auch eine lange Geschichte gemeinsamer Projekte seit dem Kampf gegen die Marcos-Diktatur. Im Katastrophenfall, wie jetzt nach Taifun Haiyan, wird das Büro von CHD in Quezon City zur Nothilfezentrale von SOS umfunktioniert und CHD-Geschäftsführerin Rosalinda Tablang übernimmt die Koordination der medizinischen Teams und der Logistik für die Verteilung der Hilfsgüter. Im Rahmen der Hilfsmissionen wurden in rund 70 betroffenen Gemeinden mehr als 7.000 Patienten behandelt und rund 50.000 Menschen mit Nothilfepaketen versorgt. Zusätzlich zu materieller und medizinischer Nothilfe unterstützt SOS die Gemeinden auf Samar und Leyte auch mit psychosozialer Betreuung. Selbst Monate nach dem Taifun trifft SOS noch immer auf Gemeinden in abgelegenen Bergregionen, die bisher keine Hilfe erhalten haben.

Landreform statt Landraub

Die Unzufriedenheit der Betroffenen wächst. Mittlerweile hat sich eine Protestbewegung gegen die Tatenlosigkeit und den neoliberal inspirierten Wiederaufbauplan der Regierung gebildet. Unter dem Motto „People Surge“ versammelten sich im Januar 2014 über 12.000 Taifunopfer im Astrodome von Tacloban, um für eine Soforthilfe von umgerechnet 650 Euro pro Familie und gegen die „No Build Zone“ zu demonstrieren. Entlang der Küste hat die Regierung eine 40 Meter breite Sperrzone verordnet, in der keine Hütten mehr stehen dürfen. Was nach einer vernünftigen Maßnahme klingt, um Menschen vor zukünftigen Sturmfluten zu schützen, entpuppt sich als Vorwand für langfristig geplante Abrissprogramme von Armesiedlungen. „Während es anfangs hieß, dass innerhalb des Schutzstreifens gar keine Häuser gebaut werden dürfen, gilt das Verbot mittlerweile nur noch für Wohnhäuser und nicht mehr für Industrieanlagen und Hotels. Die Sperrzone dient damit hauptsächlich den Interessen der großen Firmen, die hier Tourismusressorts und IT-Zent-



Improvisierte Sprechstunde unter freiem Himmel.

ren errichten wollen“, sagt Rosalinda, die für SOS an der Protestkundgebung teilnahm. Sie kritisiert außerdem die Prioritätensetzung des staatlichen Wiederaufbauprogrammes. Für die Unterstützung der Privatwirtschaft sei fast viermal so viel Geld vorgesehen wie für die Bauern und Fischer. „Die großen Unternehmerfamilien haben sich die zerstörte Region unter dem wohlklingenden Titel der „Hilfspatenschaften“ schon aufgeteilt. Am Ende werden die Reichen noch reicher geworden sein und die Katastrophenopfer werden mit nichts dastehen“, befürchtet die SOS-Koordinatorin.

Damit es doch anders kommt, beteiligt sich SOS an der „People Surge“-Kampagne und unterstützt bei all ihren Projekten die Selbstorganisationsansätze der Betroffenen. Ganz oben auf der Agenda des auf der Versammlung von Tacloban verabschiedeten Forderungskataloges stehen eine Landreform, der Bau von öffentlichen Schulen und Krankenhäusern, das Ende der Umweltzerstörung und Zwangsvertreibungen durch Bergbaugesellschaften sowie das Verbot, Militär gegen soziale Proteste einzusetzen. Angesichts der ungebrochenen Macht der Großgrundbesitzer und Rohstoffkonzerne ist das kein ungefährliches Programm. Die internationale Öffentlichkeit, die

die mutigen SOS-Mitglieder in ihrem Kampf für einen gerechten Wiederaufbau von unten schützen könnte, interessiert all das kaum mehr. Der Taifun ist ja schon sechs Monate her und die spektakulären Bilder sind längst verwertet.

Mehr Bilder von der Arbeit des SOS-Netzwerks unter www.medico.de/sos

Neben der unmittelbaren Nothilfe von SOS hat medico auch die Durchführung der „People Surge“-Versammlung im Astrodome von Tacloban mit Fahrtkostenunterstützung für Überlebende des Taifuns aus den entlegenen Gemeinden der Inseln Samar und Leyte unterstützt. Außerdem ist mit SOS ein umfassendes Wiederaufbauprogramm mit ganzheitlichem Ansatz in acht Dörfern vereinbart. Im Fokus stehen die Rehabilitation der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und der Fischerei sowie der Aufbau von Basisgesundheitsstrukturen und eines gemeindebasierten Katastrophenmanagements.

Spendenstichwort: Philippinen.

Zwischen allen Stühlen

Ägypten: Auf die Revolution folgt die Restauration. Das Al Nadeem Center verteidigt alle Opfer staatlicher Gewalt.



Treffen mit Angehörigen von islamistischen Gefangenen: Aida Seif al-Dawla, medico-Partnerin.

Es waren befreiende Tage für Aida Seif al-Dawla, damals im Jahr 2011. Über zwanzig Jahre lang kämpfte sie schon als Psychiaterin zusammen mit einer Handvoll anderer linker Ärzte, Psychiater und Psychologen in dem von ihr mitgegründeten Zentrum Al Nadeem für die Rehabilitierung von Opfern staatlicher Gewalt und Folter. Es war ein zäher, oft einsamer Kampf gegen autoritäre Allmacht. Doch dann fegte die ägyptische Revolution die bleierne Zeit binnen weniger Tage fort. Plötzlich war man Teil einer landesweiten Massenbewegung und die Räume des Zentrums unweit des Tahrir-Platzes wurden zum geschäftigen Rückzugsort für Menschen, die aufbegehrten, viele davon zum ersten Mal. Damit rückte auch das ureigene Anliegen von Aida ins Zentrum der öffentlichen Debatte: der Ruf nach Freiheit, sozialer Gerechtigkeit, Würde – und einem Ende der grassierenden Gewalt durch die ägyptischen Staatsorgane.

Umso ernüchterter stellt Aida heute fest, dass dieses Herrschaftssystem sich nach 2011 trotz wechselnder Machthaber erhalten hat und fortbesteht. Die Muslimbrüder hatten nach ihrem Wahlsieg die Gewalt nicht eingedämmt – entweder weil sie die Herrschaftsinstrumente für die Islamisierung des Landes nutzen wollten oder weil sie nicht gegen die Machenschaften des sogenannten „tiefen Staats“ ankamen. Hierüber gehen die Meinungen weit auseinander. Und die neuen Militärmachthaber sind nicht nur Günstlinge des Systems, sondern auch vehemente Verteidiger und Vollstrecker. Mit ihrer Rückeroberung der Macht haben sie eine Ära der Restauration eingeläutet.

Neu ist, dass sie hierbei nicht nur auf die Unterstützung von Millionen Nutznießern des Systems bauen können, sondern die staatliche Gewalt auch bei linken Weggefährten von Aida Zustimmung findet. Viele, so erzählt sie, lassen sich mittlerweile eine bipolare Weltsicht aufzwingen: Entweder man steht aufseiten der Islamisten oder auf der Seite der Armee. Sie selbst widersetzt sich dieser Logik. Sie hat die Muslimbrüder scharf kritisiert, als diese an der Macht waren. Doch weder hat sie diese je als Faschisten verteufelt, noch ist sie bereit, bei Gewalt und Folter ein Auge zuzudrücken. Diese Haltung resultiert nicht zuletzt aus ihrer Einschätzung, dass der „tiefe Staat“ in seiner Allmacht mit seinen unzähligen Unterdrückungs- und Einschüchterungsinstrumenten das größte Hindernis auf dem Weg zu einem progressiven Ägypten darstellt. Und diese

Einschätzung fußt auf Erfahrungen: Wie der Staat seine Macht verteidigt und ausspielt – das haben die Aktivist:innen von Al Nadeem viele Jahre lang hautnah erlebt.

Gegründet wurde das Zentrum 1993 in Reaktion auf eine Welle der Gewalt gegen linke Menschenrechtsaktivist:innen. „Doch unser Welt-, auch unser Selbstbild wurde erschüttert, als wir feststellten, dass die Polizei und andere Staatsorgane Gewalt nicht vorwiegend gegen politische Aktivist:innen aus den gut vernetzten Oberschichten anwenden, sondern gegen die breite Masse der ägyptischen Bevölkerung“, sagt Aida. Diese armen, marginalisierten und aufgrund mangelnder Vernetzung und Beziehungen wehrlosen Menschen nahm das autoritäre Regime nicht durch zunehmende Teilhabe und Konsensbildung mit, sie hielt sie mit den Mitteln alltäglicher, roher Gewalt in Schach: Weigerte sich eine Familie ihr Land zugunsten eines Grossbauers zu überschreiben, wurde das alte Familienoberhaupt aufs Revier geschleppt und zusammengeschlagen; sollte eine informelle Siedlung geräumt werden, rückten Sicherheitskräfte an und setzten die Slumbewohner mit Schlagstöcken auf die Straße; brachte ein Bewohner eines Armenviertels einem Ordnungshüter nicht den nötigen Respekt entgegen, stellten ein, zwei Ohrfeigen die Ordnung wieder her; versuchte eine Frau sich Gehör im öffentlichen Raum zu verschaffen, wurden zivil gekleidete Herren schnell sexuell übergriffig. Gewalt und Folter waren gängige Mittel, um ein System ungeheurer materieller und gesellschaftlicher Ungleichheit stabil zu halten.

Al Nadeem leistete psychologische und medizinische Betreuung für die Opfer staatlicher Gewalt. Mehr noch als Heilung wollten sie Gerechtigkeit und ein Ende der Straflosigkeit. Sie wollten, dass die Welt erfährt, was den Menschen widerfuhr.“ Deshalb legen Aida und ihre Mitstreiter:innen inzwischen ihr Augenmerk auf die Rehabilitierung der Opfer, auf Anwaltschaft und Öffentlichkeitsarbeit. „Dennoch entließen wir die Opfer immer wieder in die

gleichen Verhältnisse, die eben jene Gewalt perpetuierten.“ Erst die Revolution 2011 versprach dieses System zum ersten Mal infrage zu stellen. Doch das Versprechen wurde nicht eingelöst, im Gegenteil, die Restauration hat die Gewalt entfesselt.

Das zu kritisieren, erfordert Mut. Aufgrund ihrer Entschlossenheit, eine eigene emanzipatorische Vision ihres Landes jenseits aller vermeintlichen realpolitischen Optionen zu behalten und die Massaker des Militärs gegen die Anhänger der Muslimbrüder als Verbrechen zu bezeichnen, sind auch Aida und ihre Weggefährten von Al Nadeem stark unter Druck und selbst innerhalb des linken Spektrums ins Abseits geraten. Umso wichtiger ist es, dass viele der jungen Aktivist:innen, die sich erst während der Revolution politisierten, das Zentrum als Gegenpol zur düsteren Gegenwart Ägyptens ansehen: als eine Organisation, die nicht autoritär funktioniert, sondern als Kollektiv und vor allem von erfahrenen Frauen geführt wird, die jenseits fauler Kompromisse zäh für das Ende der staatlichen Gewalt in Ägypten kämpfen.

Tsafir Cohen

In Ägypten wird darum gerungen, ob der Sturz von Mubarak nur eine historische Anomalie bleibt oder doch der Beginn der längerfristigen Erneuerung einer patriarchalen Gesellschaft ist. Sie ist geprägt von Armut und Marginalisierung, einem nicht enden wollenden Stadt-Land-Konflikt und einem politisch-religiösen Kulturkampf. Unter diesen schwierigen Umständen streitet der medico-Partner Al Nadeem nicht nur für die Rechte der Opfer staatlicher Gewalt, sondern auch für die Freiheit der Kritik im ursprünglichen, im revolutionären Sinne.

Spendenstichwort: Ägypten.

Zone der Verban- nung

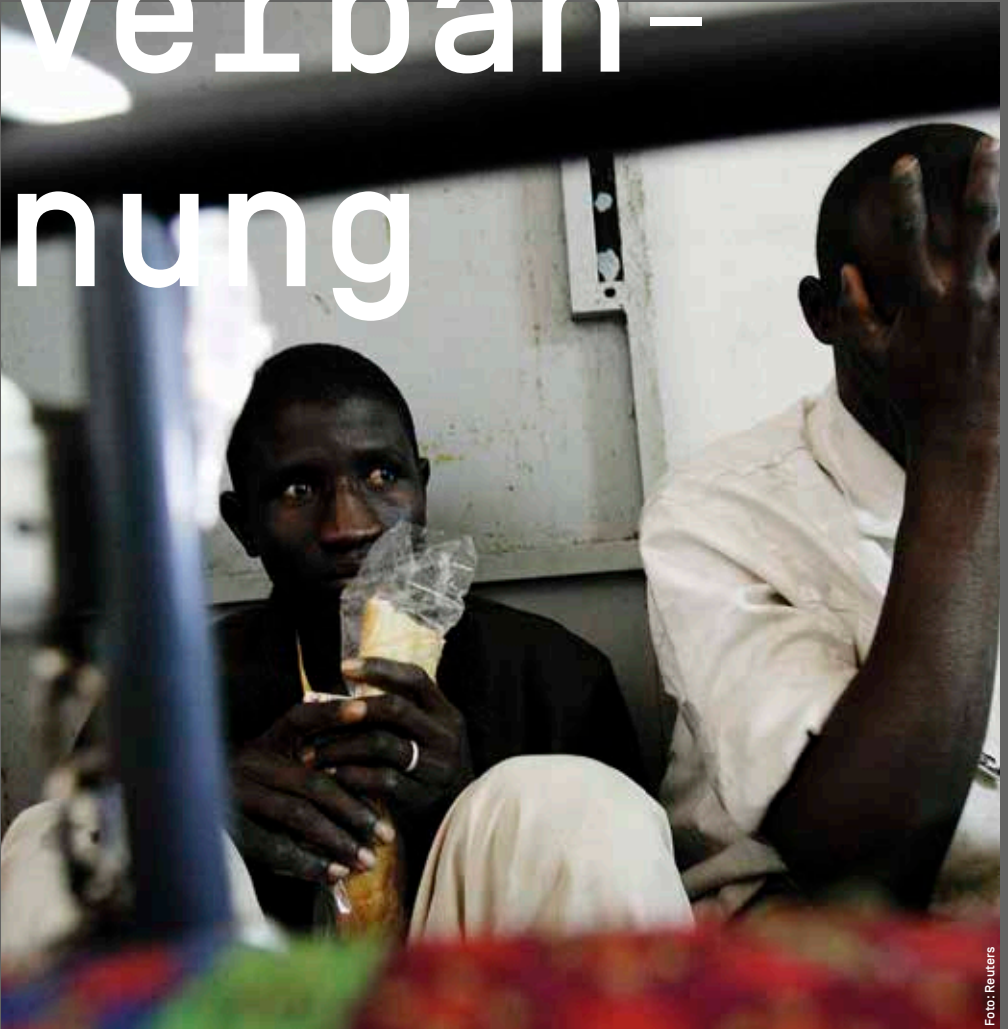


Foto: Reuters

Wer schwarz ist, wird schneller verhaftet: Subsaharische Migranten im Gefängnis von Nouadhibou.

Mauretanien: Welche Folgen hat die europäische Migrationspolitik auf die Staaten Westafrikas? Ein Interview mit Amadou M'Bow.

Zunehmend zwingt Europa afrikanische Staaten, ihre Grenzen stärker zu kontrollieren und zerstört damit auch die traditionelle innerafrikanische Bewegungsfreiheit. Menschenrechtler von dort verurteilen nicht nur diese Politik der kalten Selektion, sondern arbeiten auch an der Vernetzung einer transnationalen innerafrikanischen Zivilgesellschaft zum Schutz der Migranten. Amadou M'Bow ist Generalsekretär des medico-Partners Mauretaniche Vereinigung für Menschenrechte (Association Mauritanienne des Droits de l'Homme – AMDH).

Infolge der repressiven EU-Grenzpolitiken ist Mauretanien heute von einem sogenannten Transitland zu einem Aufnahmeland für Migranten geworden. Welche Folgen hat das?

Mauretanien war historisch immer ein Einwanderungsland, dann wurde es zur Transitstation auf dem Weg nach Europa. Heute ist es ein blockiertes Land, weil die EU uns eine Abschottungspolitik auferlegt hat. Jetzt muss Mauretanien eine Politik der Grenzschießung gegenüber dem afrikanischen Kontinent betreiben. Wir haben nun ein von Europa gefördertes Grenzkontrollsystem – sowohl zu Lande wie zu Wasser.

Kann man auch auf der gesellschaftlichen Ebene Änderungen hinsichtlich der Haltung gegenüber Migranten beobachten?

Ja, es gibt viele negative Auswirkungen. Früher waren wir ein gastfreundliches Einwanderungsland, heute hat sich innerhalb der mauretanicen Gesellschaft eine ausgeprägte Fremdenfeindlichkeit entwickelt, um nicht zu sagen ein

offener Rassismus. Das drückt sich auch auf staatlicher Ebene aus. Mauretanien hat sein Arbeitsrecht überarbeitet und Ausländer brauchen nun eine Arbeitserlaubnis. All dies passiert unter dem Motto der „Mauretanisierung“ des Arbeitsmarktes. Nicht-Mauretanier können eigentlich nur noch auf dem Bau oder als „fliegende Händler“ arbeiten. Der mauretaniche Staat steht dabei unter doppeltem Druck – einerseits durch die EU und andererseits durch die Gesellschaft selbst, etwa wenn bestimmte Gewerkschaften auf die „Mauretanisierung“ der Arbeit drängen.

Haben diese Tendenzen Auswirkungen auf die historisch spannungsgeladene Koexistenz zwischen den schwarzen und arabisch-berberischen Communities?

Der vorhandene Rassismus begleitet uns seit der Unabhängigkeit und steht zunächst nicht unmittelbar mit der Migration im Zusammenhang. Bis heute findet er seinen eklatantesten Ausdruck in der Praxis der Sklaverei. Aber mauretaniche Sicherheitskräfte nutzen bei Razzien die Situation aus, um immer wieder gerade schwarze Bürger zu kontrollieren. Es kam sogar zu Verhaftungen und Abschiebungen von schwarzen Mauretaniern, obwohl sie im Besitz ihrer Papiere waren. Aufgrund des Drucks der Zivilgesellschaft, auch meiner Organisation, haben diese Praktiken in letzter Zeit etwas abgenommen und das Vorzeigen der Papiere führt zu einer direkten Freilassung. Jetzt setzt die Regierung vermehrt auf eine „Politik der Entmutigung“ unter dem Motto: Wenn „sie“ hier keine Arbeit finden, werden sie schon von selbst gehen.

Kann man also sagen, dass die repressive Migrationspolitik die Stigmatisierung und Kriminalisierung der schwarzen Bevölkerung verstärkt hat?

In gewisser Weise, ja. Wir haben das Ministerium gefragt, warum die anderen, das heißt die arabisch-berberische Bevölkerung, nicht kontrolliert werden. Die Antwort: Wir bekämpfen die Kriminalität. Das heißt, die Bekämpfung von Migration wird gleichgesetzt mit der Bekämpfung von Kriminalität und die Kontrollen betreffen nur die schwarze Bevölkerung.

Die EU interveniert massiv in die mauretanische Politik. Wie schätzen Sie die Unterstützung beim „Management der Migration“ ein? Und kommt es auf der Ebene der Entwicklungshilfe sogar zu einer Form des Ausgleichs?

Mauretanien hat von der EU enorme Geldsummen erhalten, wovon mehr als die Hälfte allerdings in die Grenzsicherung geflossen ist: Ausbildung von Polizei und Gendarmerie, Ausstattung des Flughafens, Aufbau von Grenzschutzanlagen etc. Erst kürzlich hat Mauretanien – mit Hilfe von Spanien, der EU und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) – Grenzposten entlang seiner innerafrikanischen Binnengrenzen geschaffen.

„Eine Stille der Schuld,
die das Menschenrechtsdesaster
ignoriert.“

Betritt ein Senegalese das Land abseits dieser Grenzstationen, gilt er nun als „illegal“ und kann abgeschoben werden. Bislang hat die Bevölkerung in den Grenzregionen die formellen Staatsgrenzen nie als eigene Grenzen empfunden. Als wir jung waren, sind wir über den Senegalfluss, der Mauretanien von Senegal trennt, einfach hinübergeschwommen. Die Felder der einen befinden sich oft im Land der anderen und ein Grenzübertritt wurde über das Gewohnheitsrecht geregelt. Heute muss jeder, der sein Feld bestellen

will, den Umweg über einen formellen Grenzposten machen. Schaut man sich aber die Höhe der Summen an, die von der EU als Entwicklungshilfe an Mauretanien gezahlt werden, wird deutlich, dass die Bevölkerung nicht von den Geldern profitiert. Nutznießer ist der Repressionsapparat, der dazu dient, uns gegenüber dem inneren Afrika abzuschotten.

Das heißt, die „Unterstützung“ der EU bringt nicht nur keine Hilfe, sondern hat auch noch negative Auswirkungen auf die regionalen Beziehungen?

Genau. Unsere Regierung sieht die Konsequenzen ihres Handelns nicht. Wenn Senegal, Mali, Gambia oder die Elfenbeinküste alle Mauretanier nach Hause schickten, was würde die Regierung dann machen? Wir haben viel mehr Interessen auf dem afrikanischen Kontinent als in Europa. Bis jetzt hat es von den anderen Staaten noch keine Reaktion gegeben, aber letztlich ist klar: Je mehr ihre Staatsbürger hier erniedrigt werden, desto eher und stärker werden sie reagieren. Letztlich gibt es viel weniger Mauretanier im Schengenraum als in den afrikanischen Nachbarländern. Unsere Position, die wir versuchen unserer Regierung zu vermitteln, ist, dass es nicht die Aufgabe von Mauretanien ist, die europäischen Grenzen zu schützen.

Was wäre die Konsequenz aus dieser Misere?

Unser zentrales Anliegen derzeit ist der Aufbau eines innerafrikanischen Netzwerkes. Warum? Angesichts von Dramen wie denen von Lampedusa ist es für afrikanische Aktivisten im Bereich der Migration von äußerster Wichtigkeit, starke afrikanische Netzwerke zu haben, um Druck auf unsere Regierungen ausüben zu können. Wir leben in einer Region mit sehr mobilen Bevölkerungen, deren Rechte oftmals massiv verletzt werden. Aus meiner Perspektive haben wir uns dabei zu oft auf Europa konzentriert, während wir kaum in der Lage sind, unsere eigenen politisch Verantwortlichen herauszufordern. Ich glaube daher, dass die politische Arbeit gerade auf afrikanischer Ebene

stattfinden muss. Lampedusa hat es uns doch erneut bewiesen: Nach dem Schiffsuntergang mit Hunderten von Toten mussten wir erleben, wie die afrikanischen Politiker geschwiegen haben. Es gab nicht mal die kleinste Verlautbarung, um wenigstens den Angehörigen der Ertrunkenen das Beileid auszusprechen. Das italienische Parlament hat per Dekret drei Tage der Trauer angeordnet, die EU mit einer Dringlichkeitssitzung reagiert und selbst wenn diese Tränen allenfalls Krokodilstränen waren, so wurden sie wenigstens vergossen. Aber auf afrikanischer Seite? Das totale Schweigen – eine Stille der Schuld, die das Menschenrechtsdesaster ignoriert. Für unsere Politiker hat die Katastrophe von Lampedusa keine Priorität! Und genau deshalb muss die afrikanische Zivilgesellschaft Druck auf die politisch Verantwortlichen ausüben – in Afrika. Kurz nach der Katastrophe von Lampedusa haben wir als AMDH zusammen mit unseren malischen Kollegen von der AME und ARACEM einen offenen Protestbrief anlässlich der damaligen Ministerkonferenz der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft in Dakar initiiert, den wir später auch an den Konferenzvorsitzenden und senegalesischen Ministerpräsidenten Macky Sall übergeben haben. Mit gleichen Worten haben wir uns an die Menschenrechtskommission der Afrikanischen Union in Addis Abeba gewandt. Die Aktionen und Kampagnen der bestehenden euro-afrikanischen zivilgesellschaftlichen Netzwerke sind sehr auf Europa fokussiert. Die europäischen Aktivisten machen ihre Arbeit sehr gut. Wir aber müssen uns auf Afrika konzentrieren.

Das Interview führte Anna Krämer.



„Wir sind ein blockiertes Land.“ - Amadou M'Bow, medico-Partner in Mauretanien.

Wenn aus ehemals offenen Orten der Ankunft dauerhaft Zonen der Verbannung werden: Die mauretanische AMDH setzt sich seit Jahren für die Rechte der Migranten ein. medico unterstützt ihr Projekt der unentgeltlichen Rechtsberatung für all jene Nicht-Mauretanier, die in Mauretanien kriminalisiert und rechtswidrig festgehalten werden. Und der medico-Partner vernetzt die eigenen Erfahrungen, etwa im steten Kontakt zu Partnerorganisationen im benachbarten Mali, Senegal und Marokko oder durch die Mitarbeit an der von Brot für die Welt, Pro Asyl und medico herausgegebenen Borschüre „Im Schatten der Zitadelle“, die den Einfluss des europäischen Grenzregimes auf sogenannte „Drittstaaten“ untersucht.

Spendenstichwort: Migration.

Projekte Projektionen



Foto: medico

Herberge der Hoffnung

Mexiko: Obdach bei Bruder Sturm

Sie nennen ihn Fray Tormenta, Bruder Sturm. Weil er Sätze wie diesen sagt, wenn er mit dem Megafon an der mexikanisch-guatemalteckischen Grenze steht: „Das Wirtschaftssystem vernichtet weltweit Migranten und müsste eigentlich wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt werden.“ Sie nennen ihn Bruder Sturm, weil er im besten Sinne ein Geistlicher ist, der wütend wird, wenn es sein muss, der den Behörden auf den Füßen steht und auch mal die Kamera zückt und filmt, wenn die Polizisten wieder Migranten quälen. Der Franziskanerpater Fray Tomás González ist da, wo die Gewalt regiert, und er hilft, damit die Menschlichkeit dennoch siegt. Denn die Bewegung der Migration ist unaufhörlich bedroht, wo Paramilitärs und Drogenclans die nach Norden Ziehenden wie Stückgut von der Straße wegfangen, sie foltern, von ihren Angehörigen Lösegeld erpressen oder sie als Qua-

sisklaven arbeiten lassen. 400.000 Migranten sind es pro Jahr und für sie ist „ganz Mexiko ein Minenfeld“, wie Pater Fray Tomás González gegenüber medico unlängst zu Protokoll gab. Obdach finden die Gejagten etwa bei ihm, in der Migrantenherberge „La 72“ in Tenosique, im Bundesstaat Tabasco. Auf dem 3.000 m² großen Gelände am Rande der Stadt gibt es einen Schlafsaal, eine Kapelle und einen besonderen Frauenbereich, da Migrantinnen oft Opfer sexualisierter Gewalt werden. Die Gesamtkosten werden vom Orden der Franziskaner getragen, medico finanziert eine Gesundheitsstation, wo auch jene Verletzungen versorgt werden, die besonders häufig auf der Straße vorkommen: Infizierte Schnitt- und Bisswunden, Vergiftungen, Hautkrankheiten und Knochenbrüche.

Spendenstichwort: Migration.

Für ein besseres Land

Israel: medico-Partner gegen Ethnisierung des Politischen

Verläuft die Zukunft nach den Geboten des israelischen Premiers Benjamin Netanjahu, sollen die Palästinenser und mit ihnen die ganze Welt Israel als jüdischen Staat anerkennen. Die genaue Wortwahl ist entscheidend: Denn Netanjahu geht es nicht um das emanzipatorische Recht der jüdischen Israelis auf Selbstbestimmung, welches vorbehaltlos zu verteidigen wäre, sondern um einen ethnisierten und damit letztlich chauvinistischen Gesellschaftsentwurf. Die Ranküne steckt im Detail: So sollen die Palästinenser anerkennen, dass die arabisch-palästinensische Minderheit in Israel, ein Fünftel aller Staatsbürger, endgültig auf ihre Forderung nach einem Staat für alle Israelis mit formeller Gleichstellung verzichtet. Mehr noch: Sie würden auch ihre eigene Flucht- und Vertreibungsgeschich-

te sowie die gesellschaftliche Benachteiligung verleugnen. Denn in einem jüdischen Staat Israel wären tatsächlich nur noch Juden originäre Staatsbürger. Dieser Diskurs hat bereits fatale Folgen auch für afrikanische Flüchtlinge, die in Israel Schutz vor Willkür und Verfolgung suchen. Schon jetzt werden sie in gefängnisähnlichen Anlagen interniert, bis sie „freiwillig rückgeführt“ werden. medico unterstützt seine israelischen Partner Adalah, eine alteingesessene Initiative für die Rechte der arabischen Minderheit, sowie die Ärzte für Menschenrechte aus Tel Aviv in ihrem Ringen um ein plurales Israel ohne Ausgrenzungen. Leider hat sich auch Angela Merkel die jüdische Staatsformel Netanjahus zu eigen gemacht und im Koalitionsvertrag fixiert. Grund genug, immer wieder in Parlamentariergesprächen und im Kanzleramt gegen diese falsche Israel-Solidarität zu protestieren.

Spendenstichwort: Israel.

Ein mutiger Brief

Simbabwe: Einspruch gegen Homophobie Gesetze in Uganda

Der große Untote und ewige Präsident war ganz bei sich. Er vermählte seine Tochter, richtete eine opulente Hochzeitsparty mit 4.000 Gästen aus und ließ sie im Staatsfernsehen live übertragen. Und er machte diese Familienangelegenheit zur Staatsraison: Bei seiner Tischrede geißelte Robert Mugabe, Simbawbes langjähriger Alleinherrscher, die Homosexualität erneut als „weiße Dekadenz“ und Verstoß gegen Gott und die Natur: „Das einzige Menschenrecht, das der Mann hat, ist eine Frau zu heiraten und nicht einen anderen Mann.“ Dann wandte er sich durch die Kamera an den nicht anwesenden ugandischen Präsidenten Museveni: „Lieber Bruder, dein Kampf gegen die Sünde ist ein gerechter Kampf.“ Kurz zuvor hatte Museveni

in Uganda drakonische Gesetze gegen jede Form der gleichgeschlechtlichen Liebe erlassen. Hierfür erntete er nicht nur scharfen Widerspruch aus den USA, auch in Simbabwe wurde mutig das Wort ergriffen. Am 10. Februar 2014 forderten die Gays and Lesbians of Zimbabwe (GALZ), eine Initiative mit rund 300 Mitgliedern, in einem offenen Brief an Präsident Museveni die Rücknahme der homophoben Gesetze und das Recht auf sexuelle Differenz. Der medico-Partner kämpft nicht nur gegen die frömmelnde Bigotterie des Präsidenten und den offenen Schwulenhass im Land, sondern gibt auch Kurse zur HIV-Prävention und für sexuelle Gesundheitsrechte. Das GALZ-Schreiben brachte Robert Mugabe in Rage: „Jetzt weiß ich, dass wir auch bei uns schwule Gruppen haben. Ich werde herauskriegen, wer dahinter steckt.“

Spendenstichwort: Simbabwe.

Nichts als



Der mörderische Weltmarkt tendiert dahin, die Zeit abzuschaffen. Die Begriffe „Echtzeit“ oder „just in time“ sind ein Beweis für diesen Hass auf die Dauer. Nähfabrik in Bangladesch.

Arbeit



Im April 2013 stürzte in Bangladesch eine Textilfabrik ein. 1.000 Menschen starben. Die Textilindustrie spielt auf Zeit.

Zu Beginn des Jahres erhöhte sich die Opferzahl der Rana-Plaza-Tragödie um einen weiteren Menschen. Anders als über 1.000 ihrer Kolleginnen und Kollegen hatte die 27-jährige Näherin Salma den Zusammenbruch der Textilfabrik am 24. April 2013 überlebt. Im Gegensatz zu über 2.000 anderen trug sie keine bleibenden körperlichen Schäden davon. Doch war ihr Weltvertrauen aufgezehrt: Sie hatte, wie man so sagt, den Boden unter den Füßen verloren, fürchtete fortwährend, dass der sie umgebende Raum zusammenstürzen würde. Ihr Mann Babu, ein Rikschafahrer, erzählte Aktivisten des medico-Partners RISE, dass sich Salma Tag für Tag mit Schuhen oder einem großen Holzlöffel auf den Kopf schlug, unaufhörlich schluchzend, manchmal laut aufschreiend. In der Nacht zum 31. Januar 2014 setzte sie dem Schrecken ein Ende und erhängte sich.

Das Schicksal der Näherin erinnert auf drastische Weise daran, dass den Opfern des Unglücks weder Anerkennung noch die benötigte Unterstützung gewährt wurde. Es fehlt an materieller, an medizinischer, an psychosozialer Hilfe. Auch die Verhandlungen um die Entschädigung der Opfer der drei großen Industriekatastrophen der letzten zwei Jahre stehen noch immer am Anfang. Zwar haben die Überlebenden der Brände bei Ali Enterprises (Karatschi/Pakistan) und Tazreen Fashion (Ashulia/Bangladesch) sowie des Zusammenbruchs des Rana-Plaza-Gebäudes (Savar/Bangladesch) von verschiedenen Seiten Zahlungen erhalten. Doch die Summen reichen für nichts und niemanden aus. Der deutsche Discounter KiK

trägt in allen drei Fällen Mitverantwortung, ist aber nur in Karatschi verhandlungswillig, weil er dort der einzige Auftraggeber war. Wie fast alle anderen internationalen Unternehmen spielt auch KiK auf Zeit – und könnte damit durchkommen.

Tatsächlich haben die Vertreter der Opfer wenig Einfluss auf die Gespräche. Pakistans und Bangladeschs Zugänge zum Weltmarkt hängen an der gnadenlose Abhängigkeit von Aufträgen aus den USA, der EU und damit auch Deutschland wissen aber auch die Arbeiterinnen und Arbeiter: die hart umkämpfte Chance, einen neuen Job zu bekommen, ist ihnen allemal überlebenswichtiger als der wenig aussichtsreiche Kampf um Gerechtigkeit. Deshalb wird dieser Kampf an ihrer statt von wenig mitgliederstarken Gewerkschaften und ein paar NGOs geführt: in Pakistan von den medico-Partnern NTUF und PILER, einer Gewerkschaftsförderung und einer Arbeitsrechts-NGO, in Bangladesch von einer Allianz von Gewerkschaften, deren stärkste Kraft der medico-Partner NGWF ist. Unterstützt werden sie außerdem vom internationalen Gewerkschaftsdachverband IndustriALL und von der Clean Clothes Campaign.

Ausreichend ist das bei weitem nicht. Der Organisationsgrad im Textilsektor Pakistans und Bangladeschs liegt bei nur einem Prozent. Wie sollen lokale Gewerkschaftsführer die amerikanischen oder europäischen Konzerndirektoren zu Zahlungen zwingen, die über das hinausgehen, was diese ohnehin einkalkuliert haben? Wie sollen sie ihre „Verhandlungspartner“ dazu bringen,

die Entschädigungszahlungen in Anerkennung ihrer Verantwortung und nicht als freiwillige Gabe zu erbringen?

Man könnte auf den „Bangladesh Accord“ verweisen, dem mittlerweile 150 internationale Unternehmen beigetreten sind. Diesem zufolge soll alles besser werden in Sachen Brandschutz und Gebäudesicherheit, und wo dies nicht geschieht, haben die Arbeiterinnen und Arbeiter jetzt das Recht, die Arbeit zu verweigern. So steht es geschrieben, so wurde es unterzeichnet. Während des ganzen Jahres 2014 wird es Inspektionen geben, in immerhin 2.000 der geschätzt 6.000 Textilfabriken Bangladeschs. Man wird Untersuchungsausschüsse bilden und Arbeiter schulen, an ihnen teilzunehmen. Ihre Einsprüche werden rechtsverbindlich sein, beanstandete Mängel sollen umgehend beseitigt werden. Die Fabrikbesitzer werden also Umbauten vornehmen, werden Fluchttreppen und Notausgänge einrichten. Befragt vom medico-Partner RISE geben viele allerdings an, dass Preiserhöhungen, die sie zum Ausgleich für geplante Umbauten einfordern, von den Auftraggebern abgelehnt oder nur zu einem Bruchteil anerkannt wurden. Für nicht wenige Unternehmer bedeutet das schlicht das Aus: Ihnen fehlt das Kapital zum Umbau ihrer Anlagen. In den meisten Fällen wird das zu „Kompromissen“ führen, deren Lasten die Arbeiter tragen werden. Das Recht zur Verweigerung der Arbeit aber – politisch der weitreichendste Artikel des „Accord“ – wird ein bloß papiernes Recht bleiben: Das Risiko, acht Wochen später aus vorgeschobenem Anlass gefeuert zu werden, wird fast niemand eingehen.

Sicher: Das Abkommen sieht das so nicht vor. Doch wer, das ist die entscheidende Frage, wird auf der Umsetzung der getroffenen Vereinbarungen bestehen, wer hat die Kraft, sie durchzusetzen? Wenn nicht die Regierungen, Unternehmerverbände und Gewerkschaften, dann vielleicht die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), die den Prozess moderiert? In Europa und den USA hat sie

die Schließung der Textilfabriken und den Wegzug des Kapitals nach Südasien nicht verhindern können. Wie gering die Chancen des Widerstand sind, war am 11. März der Frankfurter Rundschau zu entnehmen. Auf zwei Seiten wurde dokumentiert, dass sich die gnadenlosen Jäger des Wettbewerbsvorteils längst in Bewegung gesetzt haben. Erst nach Kambodscha und Vietnam, dann nach Myanmar. Zugleich boomen Textilfabriken in Afrika: für den Discounthandel in Äthiopien, für gehobene Ansprüche in Tunesien.

Für den pakistanischen Gewerkschafter Nasir Mansoor, dessen Organisation den Kampf um die Arbeiterrechte und Entschädigung unterstützt, ist all das kein Grund zur Resignation. „Noch fehlt uns die Kraft zu einer weltweit wirksamen, gegenseitigen Solidarität. Doch solange wir unsere Arbeit tun, wird ihr wenigstens der Platz freigehalten, den sie braucht, um zu wachsen.“ Mit diesen Worten beschloss Nasir seinen Beitrag zur medico-Konferenz Beyond Aid, in einem Forum, das die Möglichkeit erkundete, KiK in Deutschland für das zu verklagen, was der Discounter in Südasien anrichtet. Globale Gleichzeitigkeit: Parallel zur Konferenz in Frankfurt fand in Nepal ein Strategietreffen von Gewerkschaften aus ganz Südasien statt. Auch hier wurde die Möglichkeit einer Klage in Deutschland diskutiert. Für die Näherin Salma, von eigener Hand gestorben im Slum Bamnartek in Dhaka, wird diese Solidarität unwiderruflich zu spät gekommen sein.

Thomas Seibert

medico unterstützt pakistanische und bangladeschische Organisationen im Kampf um Entschädigung. Darunter die erwähnte Organisation RISE, die Ansprüche der Überlebenden und Angehörigen der Opfer dokumentiert sowie den Kontakt zu den Betroffenen hält.

Spendenstichwort: Südasien.

Eine Zitterpartie

Maja Hess von medico-Schweiz berichtet über den knappen Wahlausgang in El Salvador.

Es ist noch Nacht als wir zum grössten Wahlzentrum San Salvadors, La Feria, aufbrechen. Die Straßen sind praktisch leer, keine verdächtigen Bewegungen unterwegs. Als Wahlbeobachter richten wir unser Augenmerk auf alles, was auf einen Wahlbetrug hindeuten könnte. Im kleinsten mittelamerikanischen Staat El Salvador hat Wahlbetrug nämlich Geschichte. Die rechte Partei ARENA hat diesen jahrzehntelang systematisch betrieben.

Beim Treffen der Beobachterdelegationen mit dem Präsidentschaftskandidaten der Linken Sanchez Cerén und dem Vize Oscar Ortiz am Vorabend der Wahlen war die Stimmung optimistisch und siegessicher. „Wir haben 10-13 Punkte Vorsprung laut verlässlichen Umfragen. Der Cambio, die Veränderung, ist nicht mehr aufzuhalten.“

Im Wahlzentrum La Feria, eigentlich Hochburg der ARENA-Wählerschaft, herrscht eine kämpferische Stimmung. Die militante und junge Basis der Frente macht sich mit Parolen und roter Präsenz bemerkbar. Aber auch ARENA zeigt Farbe und hat scheinbar jede potenzielle Wählerin mobilisiert. Als Punkt 17.00 Uhr die Wahltsche geschlossen und die Urnen zur Auszählung geöffnet werden, herrscht gespannte Ruhe. Wahlzettel um Wahlzettel wird ausgezählt. Fast an jedem der über hundert Tische gewinnt ARENA. Die Stimmung wird bleiern auf der Seite der FMLN-Basis. Erste Meldungen von bereits ausgezählten Stimmen durch das oberste Wahlgericht entmutigen zusätzlich. ARENA hat die Nase vorne. Bei der Auszählung von 50% der Stimmen gibt es ein Kopf-

an-Kopf-Rennen und dann klettern zögerlich die FMLN-Stimmen nach oben. Eine Zitterpartie. Die erschöpften Menschen an den Wahltschen gönnen sich erst mal eine Mahlzeit. Ein Compañero sagt mir, er könne einfach nicht begreifen, warum gerade arme Menschen immer noch die Rechte wählen würden. Nach Auszählung von 85% der Stimmen wird klar: die Frente hat mit etwa 8.000 Stimmen gewonnen. Das muss sich erst mal setzen. Dann bricht Jubel unter ihren Anhängern aus.

Auf geht's zum Platz Masferrer, mitten im Viertel der Oberschicht, zur Siegesfeier. Die Plaza quillt über von Menschen in Rot, mit Fahnen, Musik, Verkäuferinnen, Parolen, kurzen Ansprachen, erwartungsvollen Gesichtern. Der Sieg ist hauchdünn und die Linke kennt ihren Gegner. ARENA wird diesen Sieg nicht einfach akzeptieren. Das weiß die Strasse. Noch vor Ablauf des Tages hat sich auch Quijano, Kandidat der Rechten, zum Sieger erklärt. Die Stimmung ist daher nicht ausgelassen. Es schwingt Vorsicht, eine gewisse Zurückhaltung und vielleicht Angst mit. Lange warten wir auf Sanchez Cerén und Ortiz. Die Rede von Sanchez ist moderat, vorsichtig, die letzten Stimmen sind noch nicht ausgezählt, der Wahlsieg nicht offiziell bestätigt: Alle in der Gesellschaft würden einbezogen und die Beziehungen zu den USA aufrechterhalten, der Cambio sei aber definitiv nicht mehr aufzuhalten. Der Applaus der Frente-Wählerschaft zeigt deutlich, was ankommt und was jetzt halt akzeptiert wird.

Die Leute wollen deutliche Veränderungen im sozialen, politischen und ökonomischen Sektor.



Foto: Reuters

Ein Fest der Freude: Die Nacht nach dem Wahlsieg im Herzen San Salvadors.

Jetzt ist ihr historischer Moment. Aber sie wollen keinen neuen Krieg. Der Ruf der rechten ARENA nach Armeeeintervention und Kampf um Leben und Tod findet auch bei deren Wählerschaft keinen Anklang. Am Montag folgt die Ruhe nach oder vor dem Sturm. Gespannte Ruhe. Das oberste Wahlgericht rotiert. Am Dienstag bauen Areneros erste Barrikaden in den Straßen und ziehen vor die Wahlkommission. Die Frente-Leute sind besorgt, mahnen zur Ruhe. Angst vor gewalttätigen Auseinandersetzungen wie in Venezuela ist spürbar. Aber die USA pfeifen Quijano zurück und rufen zur Ruhe auf. Die Barrikaden verschwinden. Am 13.3.2014 schließlich wird offiziell der Sieg der FMLN mit einer hauchdünnen Mehrheit von 0.11%, d.h. von 6.364 Stimmen verkündet. ARENA versucht die Auszählung zu annullieren und die Wahlen zu delegitimieren. Vergeblich. John Kerry gratuliert Sánchez Cerén am 25.3. offiziell zum Sieg. Zuvor haben bereits alle lateinamerikanischen Staaten und Russland den Erfolg der Linken bekräftigt. Eine Woche nach dem Wahlerfolg ruft die FMLN zur friedlichen Siegesfeier auf. Es kommen Etwa 250.000 Menschen!

Weiterhin gilt es, die sogenannte Venezolanisierung des Landes zu verhindern. Hat die Rechte doch bis zum letzten Tag vor den Wahlen vor venezolanischen, diktatorischen Zuständen gewarnt, wenn die FMLN gewinne. ARENA ist schlimmstenfalls auch bereit, diese selbst herzustellen. Aber die Frente hat seit dem Friedensabschluss vor 22 Jahren eine klare demokratische Haltung und eine ausgezeichnet strukturierte Massenorganisation. Und: die Menschen haben nicht vergessen, wofür sie gekämpft haben, wofür ihre Compañeras und Gefährten gefallen sind: dies ist ihr Sieg, der Sieg der FMLN.

medico unterstützt in El Salvador unter anderem Initiativen im Kampf gegen die Privatisierung von Gesundheit. Sie begleiten kritisch die Gesundheitsprogramme der linken Regierung, die in den vergangenen Jahren vor allem im ländlichen Raum den Zugang zu Gesundheit erheblich verbesserten.

Spendenstichwort: El Salvador.

Rettendes denken

Im Konferenz-Foyer: Versammeln, um sich zu begegnen.

Auf der Konferenz Beyond Aid wurden das Scheitern der Hilfe radikal offengelegt und neue Wege der Solidarität erkundet.

Von Katja Maurer

In Raoul Pecks Film „Tödliche Hilfe“ trifft der haitianische Präsident Preval wenige Monate nach dem verheerenden Erdbeben von 2010 den Präsidenten von Coca Cola. Der langbeinige US-Amerikaner empfängt den kleinen, schwächlichen Haitianer, dem man noch das Trauma des Erdbebens ansieht, mit einer hemdsärmeligen Begrüßung. In breiten Sesseln sitzen sie sich gegenüber. Der eine verschwindet darin förmlich, der andere zeigt eine raumgreifende Präsenz. „Ihr habt wun-

derbare Mangos in Haiti“, sagt der Manager. Aufmunterndes Lächeln zu Preval. „Aber für unser neues Getränk leider nicht geeignet. Wir pflanzen neue Mango-Bäume. Aus denen machen wir die neue Mango-Cola. Das ist unser Beitrag zum Wiederaufbau von Haiti. Es wird ein Renner.“ Er strahlt unverbrüchliche Zuversicht aus. Wer, wenn nicht er, kann Haiti retten? Preval nickt zustimmend. Dann verschwindet seine Gestalt leise, ohne ein einziges Wort gesprochen zu haben.



Ulrich Brand, Uni Wien

DIE ERZÄHLUNG EINER ANDEREN LEBENSWEISE

Wenn wir darüber sprechen, dass es einen globalen Gesellschaftsvertrag geben müsste, dürfen wir nicht übersehen, dass es bereits einen solchen Vertrag gibt – einen imperial-kapitalistischen, der fatale soziale, politische und ökologische Folgen zeitigt. Ein grundlegender Wandel muss genau an der imperialen Lebensweise primär im globalen Norden ansetzen und dieser eine andere, attraktive Lebensweise entgegensetzen. Hierzu ist es wichtig, dass wir die vielfältigen widerständigen Praxen und Kämpfe in den Blick nehmen und uns auf allen Ebenen – von der Debatte um Post-Millenniums-Ziele bis zu Fragen der persönlichen Lebensweise – aktiv in die Gestaltung der Welt einbringen. Damit aus dieser Vielheit der Praxen eine Bewegung hin zu einem anderen Gesellschaftsvertrag werden kann, müssen wir sie einbinden in eine „attraktive Erzählung“ einer anderen Lebensweise.

Der Filmemacher löst die Geschichte nicht auf. Wir Zuschauer wissen auch so, dass dieses großspurige Versprechen ebenso wie viele andere nicht wahr werden wird – und dass dies dem Coca-Cola-Manager nicht einmal ein schlechtes Gewissen bereiten wird. Die Ohnmacht des haitianischen Präsidenten steht hier stellvertretend für die Ohnmacht der haitianischen Politiker. Sie kommen in „Tödliche Hilfe“ vielfach zu Wort. Und das, was sie sagen, entspricht in keiner Weise dem Klischee von dummer Korruption, das über sie im Umlauf ist. Sie haben etwas zu sagen. Aber keinen interessiert das. Sie gelten nicht als seriöser Verhandlungspartner für die Mächtigen dieser Welt.

„Gibt es eine Nachricht?“, fragte mich eine Journalistin am zweiten Tag der Konferenz Beyond Aid,

die medico gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Institut für Sozialforschung vom 20. bis zum 22. Februar 2014 in Frankfurt am Main veranstaltete. Ja, es gab eine Nachricht. Auf dieser Konferenz mit 600 Teilnehmern, die von Donnerstagabend bis Samstagmittag ausharrten, weil es unwiederbringliche Momente der Einsicht gab, hatten vielleicht manche mit mir eine neue Figur entdeckt: die des Gegenübers. Nicht die des „Partners“ oder des „Umsetzers“ von Projekten, sondern die eines autonomen Mitstreiters und Konterparts.

Der Auftakt kam von dem Haitianer Raoul Peck: „Der Hilfe ist nicht mehr zu helfen.“ Der Satz war kein rhetorisches Wortspiel, es war so bitter und ernst, dass es den Atem raubte. „Hilfe ist das Aspirin in einer brutalen Welt. Wir haben den Kampf an allen Fronten verloren, in unseren Köpfen



Kathrin Hartmann,
Journalistin

MIKROKREDITE ALS KONZENTRAT NEOLIBERALER ENTWICKLUNGSPOLITIK

Als Beleg des Erfolgs dient den Apologeten der Mikrofinanz eine einzige Zahl: die Rückzahlungsquote von mehr als 90 Prozent. Diese Zahlungsmoral ausgerechnet der Ärmsten kommt aber nur deshalb zustande, weil die Banken Rückzahlungen mit brutalen Methoden erzwingen. Nachdem der Zyklon Saidar 2007 Teile der Küste in Bangladesch verwüstet hatte, wurden Menschen, die alles verloren hatten, dazu gezwungen, die Nothilfe der Regierung für die Rückzahlung der Kredite zu verwenden. Schulden sind kein Akt der Solidarität, sie sind Machtinstrumente. Bis heute gibt es keinen wissenschaftlichen Beleg für die armutsreduzierende Wirkung der Mikrokredite, aber viele Anzeichen, dass sie den Armen schaden. Die meisten Menschen nehmen Mikrokredite aus einer existenziellen Notlage heraus auf. Sie kaufen Essen oder medizinische Versorgung. Mehr als die Hälfte der Kreditnehmer ist deshalb bei mehr als fünf Banken gleichzeitig verschuldet.

und in unserer Praxis“, so Peck. Der haitianische Filmemacher, der zehn Jahre in Deutschland studierte, und sich in mehreren Spiel- und Dokumentarfilmen mit der Frage nach einer emanzipatorischen Entwicklungsperspektive beschäftigt hatte, hielt eine berührende und poetische Rede. Mark Heywood aus Südafrika gelang es, diesen sich selbst befragenden Gestus fortzusetzen. Der südafrikanische Jurist erinnerte an die großen Erfolge der Treatment Action Campaign (TAC), die sich für den Zugang zu Aids-Medikamenten einsetzte: „Wir hatten keine Ressourcen, aber Idealismus und Vorstellungskraft und plötzlich hatten wir 35.000 Mitglieder und waren auf globaler Ebene miteinander verbunden.“ Er scheute sich nicht, mit aller Offenheit das Ende dieser Geschichte zu erzählen. Denn mit dem Erfolg kamen auch die Angebote der großen Geldgeber und aus einer sozialen Bewegung wurde eine professionelle NGO. Das sei eine Katastrophe gewesen, so Heywood, denn die TAC habe viele Mitglieder und den Kontakt zu den Communities verloren. „Wir müssen unsere Krise sichtbar machen. Und dabei dürfen wir nicht höflich sein.“ Das paradigmatische Scheitern der Hilfe in Haiti und die Professionalisierung einer sozialen Bewegung in Südafrika stellt die Frage nach Akteuren der sozialen Veränderung neu. Es bedarf einer Erneuerung in der Idee der Selbstorganisation. Die Hilfsindustrie, die im Namen der Armen spreche, sei nicht die adäquate Antwort, das war der Common Sense der beiden.

Komplizen des Todes

An diesem Abend gab es zwei Vorschläge zur Rückeroberung politischer Räume der sozialen Veränderung. Die US-amerikanische Soziologin Saskia Sassen nannte es „Making“ – also ein Handeln wider die neoliberale Kulturrevolution an jedem sich bietenden Ort und in jeder sich bietenden Konstellation. Und Mark Heywood sprach von einem „multilateralen System des Wandels und

nicht des Status quo“. Letzteren hatte Raoul Peck als größten Gegner ausgemacht: „Jeder Verteidiger des Status quo ist ein Komplize des Todes.“ Wer diesen Satz zu hart fand, wurde am nächsten Tag der Konferenz eines Besseren belehrt. Denn all die pragmatischen Versuche, die Welt erträglicher zu machen – durch die „Lieferung von sozialem Wandel in zwei Jahren“, wie Heywood spitz formulierte –, sind den Beweis einer nachhaltigen und gerechten Veränderung schuldig geblieben. Die deutsche Journalistin Kathrin Hartmann erläuterte dies am Beispiel der Mikrokredite; der britische Mediziner David McCoy am Beispiel des Global Funds und des Philanthrokapitalismus à la Bill Gates; und Heino Güllemann von terres des hommes am Beispiel eines auf privatwirtschaftlichen Anreizen beruhenden Versuchs, die Landbevölkerung mit sanitären Anlagen zu versorgen. Das Ergebnis dieser auf den ersten Blick „fantastischen Möglichkeiten, Leben zu retten“, erweist sich als verheerend. Der Pragmatismus und die Ergebnisorientiertheit sind nicht nur nicht wirksam, sie schaden in den meisten Fällen. Das Besondere an der Konferenz war, dass viele Beiträge dies im Detail nachwiesen und den Pragmatismus an seinen eigenen Maßstäben widerlegten.

Vieles davon war im Einzelnen nicht neu. Wichtig aber war, dass das Wissen, das kritische Denken, die Reflektion der Erfolge und des Scheiterns in der Praxis zusammenkamen, und zwar von verschiedenen Zipfeln der Erde – vorgetragen in einem Ton, als hätten alle beschlossen, diese Gelegenheit für gemeinsames Nachdenken zu nutzen. So stießen die kurzen Überlegungen von Axel Honneth, Direktor des Instituts für Sozialforschung, über „zivile Formen des aktiven Beistands“ im Sinne der kritischen Theorie auf eine Zuhörerschaft, die nach der Weiterentwicklung dieses Denkens dürstete. Er brachte den Begriff der „autonomen Zukunftsfähigkeit“ und das „Recht jeder Gemeinschaft auf eine ungeplante Zukunft“ in die Debatte ein, um Hilfe und Mitleid, die im Gestus der Herrschaft vor allen Dingen

eigene Prioritäten setze und damit eben die Zukunftsfähigkeit beeinträchtigt, zu kritisieren. Das war die philosophische Abwicklung der Wohltätigkeit. Auch machte er keine allzu großen Hoffnun-

gen, dass Solidarität ein einfacher Ausweg wäre. Diese setze vollständige Gegenseitigkeit und ein Geflecht wechselseitiger Abhängigkeit voraus. Davon könne derzeit allerdings nicht die Rede



Bernd Bornhorst,
misereor

DIE SYSTEMFRAGE STELLEN

Gute Hilfe eckt an und sollte Ärger produzieren – und Anecken heißt, überall die Systemfrage zu stellen. Wenn wir davon ausgehen, dass Armut von dem System immer wieder produziert wird, müssen wir Sand im Getriebe sein. Wir haben die Verbetriebswirtschaftlichung, die Entpolitisierung von Hilfe teilweise selbst vorangetrieben. Ich nehme aber auch wahr, und dafür ist auch diese Veranstaltung ein Beleg, dass das Pendel in die andere Richtung ausschlägt. Wenn ich von einer politischen Hilfe spreche, die wir brauchen, dann stellt sich als allererstes die Machtfrage. Das ist der entscheidende Punkt – und nicht die Frage, welcher technische Ansatz, welche Summe, welcher Hilfssektor. Die Frage ist immer, ob ich die Machtfrage dahinter analysiere. Letztlich geht es darum, dass „gemeinsame Dritte“ zu konstruieren und darin sehe ich eine Solidaritätsgemeinschaft.



Thomas Seibert,
medico international

REVOLUTIONÄRE MENSCHENRECHTSDEUTUNG

Die revolutionäre Menschenrechtsdeutung ordnet die Menschenrechte der Demokratie weder vor noch unter, sondern bestimmt Demokratie als den offenen Prozess einer permanenten Revolution der Menschenrechte. Dieser Prozess besteht darin, die Rechte der Menschen und BürgerInnen fortlaufend neu zu deuten, zu erweitern, zu verwirklichen und darin das „Recht auf Rechte“ auszuüben, in dem die Menschen gleichursprünglich und gleichrangig ihre Gleichheit und Freiheit ausdrücken. Ein so verstandenes Recht kann niemals „von oben“ gewährt oder herbeigebombt werden, sondern immer nur das Resultat eines offenen Prozesses der Selbstermächtigung sein: als gleiches Recht aller auf Selbstermächtigung zur Freiheit. Damit ist unmissverständlich gesagt, dass die Menschenrechte immer auch Schutzrechte sind, doch nie nur Schutzrechte eines besonders bedrohten Lebewesens, sondern die Rechte jedes Wesens, das zur Freiheit befähigt ist.

sein. Die Alternative sei ein staatsübergreifendes Recht, das aber einer neutralen Instanz bedürfe, die seine Erfüllung garantiere. Auch hiervon sei die Welt weit entfernt. Honneths Überlegungen zu der Parole der Konferenz „Von der Wohltätigkeit zur Solidarität“ sind richtig. Doch möglicherweise kann man die gegenseitige Abhängigkeit im übertragenen Sinne durchaus behaupten – genauso wie die uns gemeinsame Bedrohung der autonomen Zukunftsfähigkeit durch einen autonom agierenden Finanzkapitalismus.

Wir wollen eure Hilfe nicht

Die Gegenseitigkeit beginnt mit einer Ablehnung. Der Kameruner Roméo Ntamag, der eine Migranten-Selbsthilfeorganisation in Mali leitet, trug dies mit einer Verve vor, die für Verblüffung sorgte: „Wir wollen eure Hilfe nicht!“ Den Satz schränkte er nicht ein, auch wenn seine Organisation von medico gefördert wird. Auch die srilankische Menschenrechtlerin Shreen Saroor sagte: „Heute sagen wir den Geldgebern: Lasst uns in Ruhe.“ Beide machten aus ihrer jeweils dramatischen eigenen Perspektive als Überlebende von Flucht und Verfolgung deutlich, dass sie nach ihren Erfahrungen eine Hilfe, die sie zu „Zielgruppen und Umsetzern von fremden Programmen“ macht, unerträglich finden. Und darüber könne auch die Rede von „Augenhöhe“ und partnerschaftlichem Ansatz nicht hinwegtäuschen. „Viele Hilfsorganisationen wollen sich in Szene setzen, anstatt sich in Beziehung zu uns zu setzen“, so Roméo Ntamag.

Hier kam etwas Neues zum Ausdruck: Die Menschen des globalen Südens, unsere Partner und Mitstreiter, beharren trotz aller Abhängigkeiten auf ihrer eigenen Stimme, Sprache, Denkungsart. Woher diese Kraft und der Wille zur Autonomie rührt in einer Welt, in der vor allen Dingen die Ungleichheit zunimmt, ist eine Frage, der nachzugehen ist. Die Demonstrationen der Flüchtlinge in Deutschland, die sich ihrer Unsichtbarkeit

widersetzen; die Syrer, die auf Demokratie und Menschenrechten wider die Geostrategie beharren; die Bürger auf dem Kiewer Maidan, die Verwirklichung der sozialen und demokratischen Versprechen verlangen: Sie alle tragen zu dieser Autonomie bei und beharren auf autonomer Zukunftsfähigkeit. Das ist eine große Herausforderung für eine solidarische Hilfe. Denn den Status quo können andere besser, hieran erinnerte Dave McCoy: „Der Philanthrokapitalismus unter Bill Gates ist heute in der Lage, die Armen gesund zu halten – aber auch in Armut.“ Unser Gegenüber aber will mehr als „gesunde Armut“. Das war die Nachricht von der Ablehnung der Hilfe im Allgemeinen. Im Besonderen aber bleibt sie sinnvoll und hat Möglichkeiten, ihre solidarische Seite zu beweisen. Der Theologe Michael Ramming erforderte zu einer Politisierung der Hilfe auf: „Bei aller Einsicht in die Indienstnahme von Hilfe dürfen wir den Begriff nicht verabschieden – wir müssen ihn radikalisieren.“ So müssten sich Hilfsorganisationen viel stärker in die Arena politischer Auseinandersetzungen einbringen und Position beziehen. „Das würde zwar unsere Duldungserlaubnis gefährden – aber warum sollte es uns besser gehen als denjenigen, denen wir helfen wollen?“

Ringen um radikale Deutung

Wenn also die Annäherung an die Solidarität die solidarische Hilfe ist, wie ist es dann um das Recht bestellt? Dieser Frage war der Samstagvormittag gewidmet. Auch hier wurde deutlich, dass viele Ansätze, wie Alternativen gedacht und praktiziert werden – von den Commons über Buen Vivir bis zur einer revolutionären Deutung der Menschenrechte –, parallel verlaufen, manchmal miteinander verzahnt, oft von großer Dringlichkeit. Ein Unterschied zu früheren Visionen einer besseren Welt liegt in der Anerkennung der Vielfältigkeit – und im Bewusstsein des Widerspruchs. An der Debatte um die Menschenrechte wurde letzteres exemplarisch deutlich. Luise Steinwachs von Brot

für die Welt zeigte am Beispiel der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), wie soziale Menschenrechte unter dem Konzept des „Social Protection Floor“ operationalisiert und ihrer eigentlichen Bedeutung beraubt werden: Aus gleichen Rechten drohten Programme zur Minimalversorgung zu werden. Klärend fügte der indische Gast Shankar Gopalakrishnan von der Kampagne für Überleben und Würde hinzu: Die sozialen Bewegungen müssten sich dieser Vereinnahmung bewusst sein und immer wieder um die radikale Deutung ringen.

Die Konferenz war ein Aufbruch. Die Vielfalt der Beiträge ist nicht darzustellen. Das gesammelte Wissen, das sich offenbarte, ist bewahrt in Videobeiträgen und schriftlichen Zusammenfassungen. Beyond Aid – Jenseits von Hilfe, darüber haben mehrere Hundert Menschen nachgedacht und ihre Überlegungen ernsthaft und ohne jeden knalligen Effekt erläutert. Während der Diskussionen waren die Flure leer.

Im März 2003 organisierte medico die erste Konferenz dieser Art. „Macht und Ohnmacht der Hilfe“ formulierte damals die Kritik an Kommerzialisierung und politischer Indienstnahme der Hilfe. Vieles, was damals geäußert wurde, gilt mittlerweile als Mainstream und hat doch keine neue Haltung hervorgebracht. Vielmehr sind viele Erkenntnisse bis zur Unkenntlichkeit operationalisiert und entpolitisiert worden. Auf der zweiten Frankfurter Hilfskonferenz ist dieser Prozess schonungslos analysiert worden. Das ermöglichte den Anfang einer neuen gemeinsamen Diskussion. Wenn wir diese Art der Hilfe weder geben noch nehmen wollen, was sind dann unsere Alternativen? Beyond Aid hat Spuren dafür gelegt und diese in einem vielfältigen globalen Netzwerk aus Personen und Institutionen debattiert. Daran gilt es weiter zu arbeiten.

Zum Nachsehen und Nachhören

Die Konferenz ist ausführlich auf der Webseite von medico international dokumentiert. Sie finden fast alle Beiträge im Videostream der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Von allen Panels und Foren wurden Protokolle angefertigt. Was nicht filmisch dokumentiert ist, gibt es als Audio-Datei.

www.medico.de/beyondaid

Beyond Aid war nicht die erste Konferenz, die wesentlich aus Mitteln der stiftung medico international finanziert wurde. Die medico-Stiftung hat sich auf die Fahne geschrieben, insbesondere die analytische Beschäftigung mit der Wirklichkeit, in der wir leben und arbeiten, und die Entwicklung von Strategien zur Überwindung ungerechter Weltverhältnisse zu fördern. Die Erkenntnis fördernde Atmosphäre auf der Konferenz in Frankfurt verdankt sich auch dieser langfristigen Stiftungsarbeit, die mit ihren jährlichen Symposien einen Raum der Reflektion geschaffen hat. Dass davon Impulse ausgehen, zeigt sich auch an der demnächst in Frankfurt stattfindenden Ringvorlesung „Umkämpfte Psyche“ [siehe dazu S. 43], die auch auf ein Symposium der stiftung medico international im Jahr 2012 zurückgeht.

Wenn Sie die Arbeit der stiftung medico international, zum Beispiel durch eine Zustiftung oder ein Darlehen unterstützen oder im Testament bedenken möchten, wenden Sie sich an: Gudrun Kortas, Telefonnummer: [069] 94438-28, kortas@medico.de



Die Vision einer besseren Welt liegt in der Anerkennung ihrer Vielfältigkeit: Auftakt von Beyond Aid.



„Der Hilfe ist nicht mehr zu helfen.“ – der haitianische Filmregisseur Raoul Peck.



„Wir sagen den Geldgebern: Lasst uns in Ruhe.“ – die Menschenrechtlerin Shreen Saroor, medico-Partnerin in Sri Lanka.

Auf der Grenze

Kurdistan in Syrien: Die medico-Nothilfe erreicht ihr Ziel.

Der Krieg scheint wie ein Ereignis auf einer fernen Galaxie: Die Sonne scheint, Polizisten sitzen im Schatten und trinken Tee, ein kleiner Junge läuft zwischen den rostigen Grenztoren hin und her, nur 50 Meter weiter, auf der syrischen Seite, picknicken auf der grünen Wiese Familien im ehemaligen Minengürtel entlang der Gleise der alten Bagdad-Bahn, die die türkisch-syrische Staatsgrenze markiert. Es ist der 21. März, der Tag des traditionellen kurdischen Frühlingsfestes Newroz. Ein vollgepackter offener LKW mit Medikamenten erreicht den kleinen Transitbereich zwischen der türkischen Kleinstadt Soruc und der Nachbargemeinde Kobanê in Syrien. Von der syrischen Seite fährt ebenfalls ein LKW heran, im Niemandsland zwischen beiden Toren werden die Pakete umgepackt. Wir stehen daneben und sind erleichtert, dass es wieder klappt: Die Medikamenten-Hilfe von medico für die kurdischen Gebiete in Syrien hat die Grenze genommen. Von der syrischen Seite kommen drei Ärzte in den Transitbereich. Sie sind Abgesandte der Ärztekammer von Kobanê und quittieren den Erhalt der Medikamente. Und diese werden dringend gebraucht. Denn die Friedlichkeit der Szenerie täuscht. Nichts ist entspannt in der kurdischen Grenzstadt Kobanê in Syrien und auch die anwesenden türkischen Geheimpolizisten achten sehr darauf, dass wir keinen Fuß auf syrischen Boden setzen. Wir sind in Kurdistan und die Türkei toleriert bestenfalls gezwungenermaßen, dass die Kurden in Syrien begonnen haben selbstbewusst ihre Stimme zu erheben und auf ihrem Recht zu beharren.

Der Distrikt Kobanê ist einer der drei kurdischen Kantone, die sich im Zuge des syrischen Bürgerkriegs begonnen haben selbst zu verwalten. Hier siedeln auch Armenier, deren Vorfahren dem Genozid durch die Türkei entkommen konnten, ebenso wie Glaubensgemeinschaften yezidischer, assyrischer, orthodox-christlicher und tscherkessischer Syrer. Und diese Selbstverwaltung liegt nun unter Feuer – im wortwörtlichen Sinne, denn radikalreligiöse Terrorgruppen haben begonnen die Stadt und die Region anzugreifen. Für sie sind die Kurden lediglich „Nichtaraber“ und die geistlichen Feldmullahs der Dschihadisten haben Fatwas erlassen, die die Vergewaltigung von kurdischen Frauen ausdrücklich gutheißen. Der Kanton Kobanê zählt mittlerweile 700.000 Einwohner, dreimal so viele wie vor dem Krieg. Die Flüchtlinge kommen aus Aleppo, aus Raqqa oder Deir el-Zor, von überall, wo sie nicht mehr sicher sind, sei es aus Furcht vor der syrischen Armee, sei es aus fast noch größerer Angst vor der Grausamkeit der islamistischen Milizen. In Kobanê gibt es kaum noch Arzneimittel, es gibt keinen Strom, kein Benzin, es gibt kein Mehl und auch frisches Gemüse ist Mangelware.

Solidarische Nothilfe von unten

Das alles wissen die Kurden und Kurdinnen in der Türkei. Und sie handeln. Seit Monaten schon und ohne jede Unterstützung durch die großen internationalen Hilfswerke oder die westliche Werte-



Treffen auf der Grenze: Was wird aus Syrien? „Es wird gut werden, aber es ist nicht nah“, so Dr. Ahmed Hikmet (links), Hals-Nasen-Ohrenarzt und Mitglied der Ärztekammer von Kobanê.

gemeinschaft. Die kurdische Zivilgesellschaft ist es, die die Hilfe für die kurdische Bevölkerung auf der syrischen Seite überhaupt ermöglicht. Ohne die Apotheker, die im nahen Diyarbakir in Nachschichten Medikamente wie die medico-Hilfe sortieren, sie auflisten und verpacken, ohne das kurdisch regierte Rathaus von Soruc, in dem die Stadtangestellten unentwegt am Telefon versuchen Genehmigungen einzuholen, sich mit den Ärzten auf der syrischen Seite koordinieren und dabei noch die Grenzpolizei umschmeicheln müssen, damit die Passage hinüber auch wirklich offen bleibt, würde sich nichts bewegen. Der LKW von medico ist die dritte Lieferung von Medikamenten ins kurdische Syrien. Bislang konnten wir mit Spendenmitteln allein hier für gut 100.000 Euro helfen. Ein Anfang, der aber viel zu wenig ist. Daher haben wir uns zusammen mit der kurdischen Diaspora in Europa zu einem Hilfsappell (siehe medico aktiv) für das syrische Kurdistan

entschlossen. Wir wollen nicht warten, bis die Türkei ihre Kurdenpolitik tatsächlich ändert oder auch europäische Regierungen die kurdische Selbstverwaltung honorieren.

Martin Glasenapp

Syrien bleibt die große Tragödie des noch jungen Jahrhunderts. Der Bürgerkrieg geht in sein viertes Jahr und selbst sehr zurückhaltende Schätzungen gehen davon aus, dass seit Beginn des ursprünglich demokratischen Aufbegehrens im Durchschnitt 150 Menschen getötet wurden – jeden Tag. medico wird die Nothilfe fortsetzen. In den kurdischen Gebieten Syriens, aber auch in Damaskus und seinem Umland, wo der Krieg besonders unerbittlich ist. Helfen Sie mit.

Spendenstichwort: Syrien.

medico aktiv

Wir müssen reden

medico-Debatte bei Armut und Gesundheit in Berlin

2014 könnte für die globale Gesundheit ein entscheidendes Jahr werden. Die Frage nämlich, ob es gelingt in der Nachfolge der Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) neue nachhaltige Vereinbarungen zu entwickeln, die nicht nur prozentuale Parameter zur Armuts- und Krankheitsverringering enthalten, wird wesentlich in diesem Jahr diskutiert. Worum es dabei im Einzelnen geht, beschäftigte die drei medico-Panels auf der jährlichen Konferenz Armut und Gesundheit, die am 13. März 2014 in Berlin stattfand. Vor sachkundigem Publikum erläuterte unter anderem Thomas Schwarz vom Netzwerk medicus mundi, dem auch medico angehört, die Debatten um Universal Health Coverage. Diese allgemeine Gesundheitsabsicherung wird in der Weltgesundheitsorganisation debattiert und könnte durchaus helfen, so Schwarz, menschenrechtliche Standards in die globale Politik einzubringen. Neben der Beschreibung der Weltgesundheitsituation von Peter Mucke, Geschäftsführer des Bündnisses Entwicklung Hilft, der den Weltrisikobericht zum Thema Gesundheit



vorstellte, gab auch der Grünen-Bundestagsabgeordnete Uwe Kekeritz seine Analyse kund. Er betonte die Korruption als ein globales Thema im Gesundheitsbereich. Bei allen Unterschieden sind sich in dieser Struktur der globale Süden und der globale Norden sehr ähnlich. Spannend war die Debatte zwischen Dagmar Reitenbach, der Leiterin des Referats globale Gesundheitspolitik im Bundesgesundheitsministerium und Thomas Gebauer sowie Tobias Luppe von Oxfam. Der größte Meinungsunterschied hier: Beschäftigt man sich mit globaler Gesundheitspolitik aus Sicht deutscher Bedürfnisse und Interessen oder ist sie wesentliches Element, um eine globale Sozialstrukturpolitik zu betreiben, die allen Menschen gleiche Rechte verschafft.

Details der Debatte finden Sie auf der medico-Webseite unter www.medico.de/gesundheit

Syrien: Ein demokratisches Experiment

Das kurdische Rojava braucht Hilfe in der Not! Ein Aufruf.

Die Ereignisse in Syrien sind eine beschämende menschliche Katastrophe. Nunmehr im vierten Jahr wird versucht, eine unverhofft aufgebrochene Freiheitsbewegung mit exzessiver Gewalt blutig zu ersticken. Aus einem gesellschaftlichen Aufbegehren für Rechte und Gerechtigkeit wurde in Folge ein bewaffneter Aufstand, der in einen innersyrischen Bürgerkrieg mündete, der zugleich auch ein Stellvertreterkrieg regionaler und internationaler Einflussmächte ist. Doch auch wenn sich das ursprüngliche Demokratieversprechen nicht erfüllt hat: die noch bis vor kurzem allgegenwärtige Hegemonie der alten Republik der Angst ist gebrochen. Das öffnet, trotz allem, auch unverhoffte Räume für die, die sich der autoritären Herrschaft im Namen der eigenen wie der Freiheit aller zu widersetzen wagten. Vielleicht ist dies nirgends deutlicher zu spüren als in den kurdischen Gebieten Nordsyriens.

Die Kurden sind die größte ethnische Minderheit des Landes. Sie nennen den von ihnen bewohnten Teil: Rojava, der kurdische „Westen“. Die Region besitzt eine einzigartige kulturelle und religiöse Vielfalt. Der weitgehende Rückzug der Staatsmacht hat für die 2,5 Millionen Menschen, die diesen Westen bewohnen, das Fenster zur lang ersehnten Autonomie aufgestoßen. Heute erproben sie das Experiment einer direkten kommunalen Demokratie und damit auch die Möglichkeit gesellschaftlicher Konfliktlösungen jenseits der alten von Überwachen und Strafen geprägten Kultur der Gewalt. [...]

Dieses friedenspolitisch wichtige Vorhaben, für das Rojava steht und in dem mehr als 1,2 Millionen Binnenflüchtlinge aus den syrischen Bürgerkriegsregionen Schutz gefunden haben, ist bedroht. Die Auswirkungen des Krieges haben längst auch Rojava erreicht. Wichtige Medikamente sind nicht mehr vorhanden. Infektionskrankheiten brechen wieder aus. Es gibt kein Insulin, chronisch Kranke wie Diabetiker, Nierenkranke und Krebspatienten können nicht mehr versorgt werden. Es fehlen Grundnahrungsmittel - wie Zucker, Öl, Reis und Tee - sowie Heizstoffe für Notunterkünfte. [...]

Syrien braucht jetzt Frieden und Demokratie. Rojava in Syrien braucht heute unsere Anerkennung und Solidarität. Unterstützen Sie die humanitäre Nothilfe für die kurdischen Gebiete in Syrien. Das Spendenstichwort der Solidarität lautet: „Rojava“.

medico international mit Unterstützung von Civaka Azad - Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V. Den vollständigen Aufruf und die Liste der Erstunterzeichnerinnen und Erstunterzeichner finden Sie unter www.medico.de/rojava



**Kurdistan in Syrien,
Newroz 2014.**



1



2



3



4



5



6



7



8

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Sie finden hier eine Auswahl der Materialien, die medico mit viel Sorgfalt erstellt und zu Informations- und Bildungszwecken kostenfrei (mit einigen gekennzeichneten Ausnahmen) zur Verfügung stellt. Sie helfen medico und den Projektpartnern sehr, wenn Sie zur Weiterverbreitung dieser Materialien beitragen! Machen Sie Freunde, Bekannte, Arbeitskollegen auf das rundschreiben, die medico-Stichworte, die Minenzeitung aufmerksam!

Die vollständige Liste unserer Materialien steht im Internet bereit: Unter www.medico.de/material finden Sie die hier abgebildeten und alle weiteren Publikationen zum Bestellen oder Herunterladen. **Für Nachfragen stehen wir Ihnen gerne unter Tel. (069) 944 38-0 zur Verfügung.**

Materialliste:**1 medico-Jahresbericht 2012**

[36 S.] Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht.

2 Stiftung medico international

[16 S.] Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.

3 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft

[24 S.] Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen inklusive weiterführende Adressen.

4 Hilfe im Handgemenge

[Faltblatt] Partnerschaft braucht Solidarität: medico international kurz vorgestellt – mit Projektbeispielen aus Israel/ Palästina, Guatemala, Simbabwe, Somali, Südasien und Zentralamerika. Auch zum Weiterverteilen.

5 Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit

[Plakate, DIN A1] medico-Plakate für Gesundheitszentren, Arztpraxen oder andere öffentliche wie private Orte. Damit sie unversehrt bei Ihnen ankommen, verschicken wir sie in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (7,40 €), würden wir uns über eine Spende freuen. Spendenstichwort: Gesundheit

6 WHY? Jahr für Jahr sterben Flüchtlinge an den Außengrenzen Europas

[DIN A1] Das Plakat können Sie kostenlos bei uns bestellen. Damit es unversehrt bei Ihnen ankommt, verschicken wir es in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (7,40 €), würden wir uns über eine Spende sehr freuen. Spendenstichwort: Migration

7 Stichwort Gesundheit

[40 S. DIN A5] Das Sonderheft zur Weltgesundheit bleibt nicht bei der Beschreibung der Katastrophe stehen. medico zeigt Projekte der Abhilfe und beschreibt das Gesundheits-Netzwerk, in dem wir uns global und lokal bewegen.

8 Cool, aber tödlich

Für das große Geschäft mit billiger Kleidung zahlen Tausende Arbeiterinnen und Arbeiter mit ihrem Leben. Plakat, DIN A2 und Flyer inklusive 6 Stickers zur Aktion der Kampagne für Saubere Kleidung und medico international.

Ich bestelle:

- _____ medico Jahresbericht 2012
 _____ Broschüre: stiftung medico international
 _____ Broschüre zu Testament und Erbschaft
 _____ Faltblatt: Hilfe im Handgemenge
 _____ medico Plakate: Gesundheit DIN A1
 _____ Plakat: WHY? DIN A1
 _____ Plakat: Cool, aber tödlich
 _____ Flyer: Cool, aber tödlich
 _____ medico Stichwort: Gesundheit
 _____ Flyer: Auf Rohstoffraub
 _____ medico Rundschreiben 04/13

Anzahl

Name _____

Straße _____

Ort _____

Meine Spendennummer _____

Ich möchte:

- kostenlose Materialien bestellen
 dass einmalig für diese Bestellung eine Spende in Höhe von _____ € von meinem Bankkonto abgebucht wird.

IBAN/KTO _____

BANK _____

BIC/BLZ _____

Datum _____

Unterschrift _____

Bitte einsenden an
 medico international
 Burgstraße 106

D-60389 Frankfurt am Main

oder faxen an [069] 43 60 02



Spendeninformation

Die Hilfe, die medico im weltweiten Handgemenge leistet, braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen.

Spenden

Sie können die Arbeit von medico durch Spenden unterstützen. Freie Spenden ohne Stichwort sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Projektpartner hierdurch unabhängig arbeiten und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Projektland oder Thema als Stichwort versehen. Dann verwenden wir Ihren Beitrag ausschließlich für entsprechende Projekte.

Fördermitgliedschaft

Die regelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermöglichen medico, langfristige und verbindliche Projektkooperationen einzugehen und sichern die Unabhängigkeit unserer Arbeit. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei mindestens 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro.

Impressum

Herausgeber: medico international
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main

Tel. [069] 944 38-0, Fax [069] 436002

E-Mail: info@medico.de
Homepage: www.medico.de

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),
Thomas Gebauer, Martin Glasenapp, Christian Sälzer
Korrektorat: Marek Art
Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf
100 % Recyclingpapier gedruckt.

Spendenquittung

medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist Ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir Ihnen eine Spendenbescheinigung. Haben Sie mehr als einmal im Jahr gespendet oder spenden Sie regelmäßig, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Spendenkonto

medico international, Spendenkonto 1800,
Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, BIC:
HELADEF1822, IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00



Zustiftungen

Die Stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens Projekte von medico. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: Es gibt verschiedene Formen, zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter.

Claire Tillmann und Marek Art

Allgemeine Anfragen
Tel.: [069] 944 38-0 | E-Mail: info@medico.de

Gudrun Kortas

Beratung zu Spendenaktionen für einzelne Projekte,
Zustiftungen oder Testamentsspenden
Tel.: [069] 944 38-28 | E-Mail: kortas@medico.de

Monika Hufnagel

Beratung zur Fördermitgliedschaft und Spenden
zu einem Jubiläum, Geburtstag o.ä.
Tel.: [069] 944 38-23 | E-Mail: hufnagel@medico.de

Noch eine Bitte: Informieren Sie uns, wenn sich Ihre Adresse oder Bankverbindung ändert, und geben Sie dabei auch Ihre alte Anschrift an. So bleiben wir in Verbindung.

Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit mit Ihrer Solidarität unterstützen.

www.medico.de/spenden

Umkämpfte Psyche



Ringvorlesung

- 28.04. Soziales Verhalten im Kapitalismus – Das Subjekt zwischen Anpassung und Widerstand | Prof. Klaus Ottomeyer (Klagenfurt)
- 12.05. Breaking the walls of trauma counselling – Finding agency in an ongoing landscape of struggle | Mpumi Zondi (Johannesburg)
- 19.05. Trauma- und Gewaltforschung kontextualisiert – Für eine kritische Neurowissenschaft | Susanne Löhne (Berlin), Prof. Dr. Jan Slaby (Berlin), Leonie Teigler (Wien)
- 26.05. Extremes Trauma, Kultur, Szenisches Erinnern der Shoah | Dr. Kurt Grünberg (Frankfurt)
- 02.06. Die Politik der Resilienz – Die psychische Stärkung des Westens nach 9/11 | Prof. Dr. José Brunner (Tel Aviv) | In Kooperation mit dem Institut für Sozialforschung Frankfurt
- 16.06. Die Kälte des Marktes – Ökonomisierung in den Heilberufen | Jürgen Hardt (Wetzlar), Prof. Dr. Dr. Rolf Haubl (Frankfurt)
- 30.06. Crazy Diagnoses – The pathologization of social suffering in a global perspective | Dr. Sumeet Jain (Edinburgh)
- 07.07. Das Unbehagen in der Globalisierung – Eine Debatte über die Kultur der Auflehnung | Markus Brunner (Wien), Dr. Sabine Flick (Frankfurt), Thomas Gebauer (Frankfurt)

Goethe-Universität Frankfurt, Campus Westend, PEG 1.6 191, Montags 20-22h. Veranstalter: medico international in Kooperation mit dem Institut für Soziologie der Universität Frankfurt und dem Sigmund-Freud-Institut (SFI) Frankfurt. www.medico.de/ringvorlesung

#UNTRAGBAR

Eine Initiative von

INKOTA 

m)
medico international

ver.di

Die Werbung verspricht uns Glück und Ansehen, wenn wir mit der Mode gehen. Doch die Textilmultis, darunter Benetton, Primark und KIK kalkulieren Opfer in ihrem globalen Geschäft mit ein. In den Weltmarktfabriken in Bangladesch und Pakistan starben seit 2012 mehr als 1400 Näherinnen und Näher. Sie verbrannten, wurden verschüttet oder zerquetscht. Das ist untragbar. Wir verlangen sofortige Entschädigung und bessere Unternehmenshaftung.

m)

medico international